

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. | www.duh.de

4|2024



Jahresbericht 2024

Zahlen und Fakten
aus unserer Arbeit

Ziele und
Erfolge der DUH

Interview
und Ausblick

Foto: Erdmann/DUH



Prof. Dr. Margit Mönnecke
Bundesvorsitzende
Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2024 war ereignisreich, aber wenig aufschlussreich: Viele große Konflikte bleiben ungelöst. Für 2025 sind in zahlreichen Ländern schwierige Regierungsverhältnisse abzusehen und es besteht Unklarheit darüber, wie die diversen Krisen sich weiter entwickeln werden. In einem Punkt haben wir allerdings an Klarheit gewonnen: Hitze-, Dürre- und Niederschlagsrekorde und die damit verbundenen katastrophalen Ereignisse haben uns erneut gezeigt, wie stark der Klimawandel uns bereits erfasst hat und wie notwendig es ist, ihm mit aller Kraft entgegenzuwirken. Dafür ist die DUH in 2024 wieder mit großen Erfolgen, auf die wir stolz sein können, eingetreten: Vor allem vor Gericht haben wir wegweisende Entscheidungen für Natürlichen Klimaschutz, Saubere Luft und Verbraucherrechte erstritten. Auch unsere Pestizidklagen tragen Früchte, unter anderem wurde die Zulassung für ein glyphosathaltiges Mittel faktisch beendet.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hatte nicht die von der Politik versprochene Priorität. Wir haben ihn vorangetrieben – zum Beispiel mit Balkonkraftwerken für die Energiewende zuhause, Bürgersprechstunden und Musterklagen mit Mietern, denen das Anbringen verwehrt wurde. Gleichzeitig kämpfen wir vor Ort und vor Gericht für einen klaren Ausstieg aus fossilem Gas, gegen Ölbohrungen im Wattenmeer und den Ausbau einer unnötigen LNG-Infrastruktur.

Wir machen die Co-Benefits von Abfallvermeidung, Tempolimits oder dem Ausbau der Radweg-Infrastruktur bekannt, das hat zu einem Umdenken in weiten Teilen der Bevölkerung geführt.

Dies waren nur ein paar Beispiele. In dieser Ausgabe lesen Sie viele Geschichten des Gelingens. Sie sind das Ergebnis erfolgreicher Arbeit unserer Mitarbeitenden, Mitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer, ohne deren großartiges Engagement all das nicht möglich wäre.

Besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen das Interview mit unserer Bundesgeschäftsführung. Sie schildert Hintergründe unserer Strategien, kommentiert aktuelle politische Entwicklungen und spricht darüber, was wir uns für 2025 vorgenommen haben. Es ist unser Jubiläumsjahr. Seit 50 Jahren setzen wir Umweltschutz durch! Seien Sie gespannt, wie wir es zu einem ganz besonderen Jahr machen werden!

Viel Gewinn beim Lesen und bleiben Sie auch im neuen Jahr zuversichtlich. Wir sind es.

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Margit Mönnecke".



Deutsche Umwelthilfe

50 Jahre Wir setzen Umweltschutz durch

Editorial: Auf ein Wort	2
Gemeinsam Druck machen – das wirkt	4
Interview mit der Bundesgeschäftsführung	
Wir schützen das Klima mit Recht!	10
Unsere Pestizidklagen tragen Früchte	12
Falsche Versprechen, echte Konsequenzen	13
Damit die Netto-Null beim Flächenverbrauch kommt	14
Mainstream Balkonkraftwerke	15
So blühen Schulhöfe auf	15
Meeresschutz statt fossiler Abhängigkeiten	16
Wind for Future	17
Wärmewende: Jetzt ist Weitblick gefragt	17
Kann das weg?	18
Mehrweg von der Kleinstadt bis zur EU	19
Richtschnur für die Ressourcenpolitik	19
Stadt, Land, Fluss und der Fischotter	20
Rechtliche Schritte gegen Fleischgiganten	21
Faire Preise	21
Saubere Luft – ein Jahr der Fortschritte	22
Methanfrei fürs Klima!	23
UmweltMedienpreis: Roter Teppich für grüne Themen	24
In Zahlen: Schädliche Subventionen	26
Finanzen – unabhängig und transparent	28
Erinnern Sie sich noch ...?	32
2024 in Bildern	33
#böllerciao: ein friedliches Silvester für alle	34
Impressum	34
Adressen	35
Termine Mitgliederversammlungen	35

Fotos: Stefan Wieland (o.L.), Finke/DUH (o.r.), 3plusx/stock.adobe.com (Mitte), Maren Winter/stock.adobe.com (M.l.), Sergiy Serdyuk/stock.adobe.com (M.r.), Daria Lanskaya/stock.adobe.com (u)



Titelbild: Tom Bayer, Jason/stock.adobe.com

„Gemeinsam Druck machen – das wirkt“

Das Scheitern der Ampelregierung, die Wahl von Trump, Temperaturrekorde, keine Durchbrüche bei Weltklima- und Weltnaturschutzkonferenz und vieles mehr – 2024 war ein hektisches Jahr mit vielen Herausforderungen für die Themen Umwelt, Natur, Klima und Verbraucherschutz. Manche Kommentare sehen sie deshalb in der Defensive oder gar auf dem Rückzug. Nicht so die Deutsche Umwelthilfe. Ein Interview mit den Bundesgeschäftsführern Barbara Metz, Sascha Müller-Kraenner und Jürgen Resch über falsche Schwarzmalerei, positive Signale und die richtigen Methoden, um Schutz für Menschen, Tiere und Umwelt durchzusetzen.

In letzter Zeit waren viele Reden und Kommentare zu hören, die Umwelt- und Klimaschutz quasi schon abschreiben. Wie blickt ihr auf 2025 und die Zukunft?

Jürgen Resch: Es wird oft behauptet, die Menschen wären müde und wollten keine Veränderungen, etwa beim Klimaschutz. Aber das stimmt nicht. Wenn man konkrete Verbesserungen benennt – Tempolimit, also langsamer fahren fürs Klima, Ruftaxis im ländlichen Raum, mehr Bahnen und Busse, Beton und Asphalt rausreißen, wieder mehr Bäume und Grün in unsere Städte, dann hat man überall Mehrheiten für den Klimaschutz. Das zeigen alle unabhängigen Meinungsumfragen. Wir müssen weg von Abstraktionen, hin zum Konkreten. Und wir dürfen uns von lautstarken Minderheiten nicht irritieren lassen, die nur behaupten, in der Überzahl zu sein. Das

Positive konkretisieren und Menschen ermutigen, sich dafür einzusetzen – mit den Menschen gemeinsam Druck zu machen – das braucht es, das wirkt und das werden wir bei der Deutschen Umwelthilfe weiter ausbauen.

Barbara Metz: Wir ermöglichen es den Menschen etwa, bei ihren Kommunen konkrete Anträge zu stellen: für SUV-Parkverbote, für Tempo 30-Zonen oder für Mehrweg. Wenn ich dann Rückmeldungen aus den Kommunen bekomme, bin ich begeistert, dass dieses konkrete Druckmachen für Verbesserungen funktioniert. Und wenn erst einmal etwas geschieht, sind auf einmal auch alle stolz darauf. Nehmen wir ein einfaches, kleines Beispiel aus diesem Jahr: Bei der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland haben die Fanzonen fürs Public Viewing nach jahrelangem Druck durch uns endlich



Sascha Müller-Kraenner

Barbara Metz

Jürgen Resch

einiges umgestellt. In Berlin etwa waren Getränke und Essen komplett nur in Mehrweg-Geschirr zu bekommen. Das hat gigantische Müllberge eingespart. Und alle haben hinterher gesagt: Das war super. Warum haben wir das nicht schon viel früher gemacht? Wir müssen Systeme etablieren, die es den Menschen ermöglichen, sich automatisch nachhaltiger zu verhalten. Und wenn die gut sind, machen es die Leute und wir haben die Veränderung.

Sascha Müller-Kraenner: Und auch auf der politischen Ebene stimmen Unkenrufe nicht. Unsere Themen haben dort großes Gewicht. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass sich der Bundeswirtschaftsminister in diesem Jahr unserer Forderung angeschlossen hat, Gasbohrungen vor Borkum mitten im Nationalpark Wattenmeer eine Absage zu erteilen. Und überall dort, wo sich Politik oder Unternehmen über die Belange von Natur, Klima und Umwelt trotzdem hinwegsetzen, sogar Gesetze brechen, da stoppen wir sie vor Gericht. Wie erfolgreich das ist, wieviel es verändert, auch das hat 2024 gezeigt. Hier stehen wir stärker da als vielleicht jemals zuvor.

Dann sprechen wir doch über diese Klageerfolge, da gab es ja einige. Welches sind aus eurer Sicht die wichtigsten gewesen 2024 und wie geht es weiter?

Sascha Müller-Kraenner: Wegweisend ist natürlich das erste, nun rechtskräftige Klimaklagen-Urteil, das wir im Mai erwirkt haben. Da hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die Bundesregierung verurteilt, weil sie im Bereich der Landnutzung zu wenig für den Klima- und Naturschutz tut. Mit den bisher geplanten Maßnahmen werden die Klimaziele in dem Bereich zu praktisch einhundert Prozent verfehlt. Jetzt aber werden die noch im Amt befindliche Regierung und die neue nach der Bundestagswahl durch das Urteil gezwungen, umgehend ein Maßnahmenpaket vorzulegen und umzusetzen, das dafür sorgt, dass im Bereich der Land- und Forstwirtschaft die Ziele erreicht werden. Das ist ein großer Erfolg! Im Jahr 2045 soll der Sektor 40 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente speichern. Um das zu erreichen, muss zum Beispiel für weniger Holzentnahme aus deutschen Wäldern und eine Wiedervernässung von mindestens 50.000 Hektar Moor pro Jahr gesorgt werden. Dazu brauchen wir zusätzliche Investitionen über das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz hinaus, ein neues Bundeswaldschutzgesetz und eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Landwirtschaftspolitik. Und weitere Urteile stützen diese Veränderungen, wie der von uns erwirkte Richterspruch vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Auch von dieser Seite sorgen wir für Sauberes Wasser und damit eine naturnähere Landwirtschaft.

Jürgen Resch: Generell waren 2023 und 2024 die Jahre unserer Klimaklagen. Neben dem angesprochenen bereits rechtskräftigen Urteil haben wir auch alle drei weiteren Klimaklagen gegen die Bundesregierung gewonnen. Bei den dringend notwendigen Sofortprogrammen im Verkehrs- und Gebäudebereich und beim Gesamt-Klima Programm für 2030 ist die Bundesregierung in Revision gegangen. Aber wir sind sicher, dass wir vom Bundesverwaltungsge-

richt Leipzig Entscheidungen zu unseren Gunsten erleben werden. Im Verkehrsbereich befürchte ich, dass wir selbst ein rechtskräftiges Urteil noch mit juristischen Zwangsmitteln durchsetzen müssen. Denn wir erleben seit vielen Jahren: Kein Verkehrsminister ist in der Lage, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Da regieren BMW, Mercedes und VW unmittelbar durch und schützen so ihre hohen Renditen. Diese Art des Raubtier-Lobbyismus ist eine kurzfristige Gewinnmaximierung, aber langfristig führt das zum Selbstmord der Industrie. Der Preis für einen Pkw in China ist halb so hoch wie für die in Kleinserien in Deutschland schlecht zusammengebauten Fahrzeuge. Wenn China anfängt, sehr viel modernere und bessere Fahrzeuge zu bauen, wird die Autoindustrie in Deutschland verlorengehen.

Und wenn wir schon bei der Wirtschaft sind: Wir erleben, dass Industrie und Handel immer dreister klimaschädliche Produkte als angeblich klimaneutral, klimakompensiert oder umweltneutral bewerben. Wenn ich mit einem Aufpreis von einem Cent pro Liter vermeintlich klimaneutrales Benzin oder Heizöl kaufen kann, ist die Welt ja ganz einfach in Ordnung – leider nur für das Marketing der Unternehmen, zum Schaden des Klimas. Und wer denkt, dass der Staat diese Verbrauchertäuschung verfolgt, irrt. Um Shell, BP, Total Energies und Co haben wir uns gekümmert und sie vor Gericht besiegt. Wir haben noch nicht eines dieser dutzenden Verfahren verloren. Und ich freue mich darauf, weitere Effekte zu erzielen.

Und ein letzter Akzent von mir noch: Auch mit unserer Klage für einen nationalen Luftreinhalteplan waren wir gegen die Bundesregierung erfolgreich. Es geht um Stickoxide, Feinstaub und andere Luftschadstoffe – ein sehr ernstes Gesundheitsproblem. Identifizierte Quellen sind unter anderem betrügerische, nicht funktionierende Auto-Abgasanlagen.

Barbara Metz: Auch bei juristischen Verfahren gehen wir neben den großen Verfahren gegen die Regierung auf die konkrete, ganz bürgernahe Ebene. Beispiel: Balkonkraftwerke. Das einfache Anbringen von Solarpaneelen an Balkonen oder Wänden ist jetzt endlich laut Gesetz eine privilegierte Maßnahme. Das ist enorm wichtig. Denn mit einem eigenen Solarkraftwerk nimmt man selbst an der Energiewende teil, profitiert und lernt, wann Sonnenkraft zu ernten ist und dann Waschmaschine oder den Geschirrspüler zu starten. Das muss ein Eigentümer grundsätzlich erlauben, dafür haben wir sehr intensiv gekämpft. Aber im Gesetz sind die ‚angemessenen Anforderungen‘ nicht ausformuliert. Eine Haftpflichtversicherung, ein DIN genormtes Modul sind sicher angemessen. Ein statisches Gutachten des gesamten Gebäudes aber nicht. Doch genau das fordern jetzt Vermieterinnen und vor allem Wohnungsunternehmen, um Balkonkraftwerke doch zu verhindern. Ein Irrsinn. Deshalb führen wir Musterklagen mit einzelnen Mietern, damit Urteile das Recht nachschärfen und solche Praktiken verhindern. Und auch hier geben uns die ersten beiden erfolgreichen Verfahren Recht.

Aber um noch einmal auf die ganz große Ebene zu wechseln: Drei Grundsatzverfahren sind noch anhängig beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und vor dem Bundesverfassungsgericht. Dort gehen wir – erneut gemeinsam mit jungen, engagierten

Menschen – gegen das entkernte Klimaschutzgesetz und den unzureichenden Gesamtklimaschutzplan in Deutschland vor. Hier haben wir die Chance, historische und fatale Fehler der Ampel-Regierung korrigieren zu lassen.

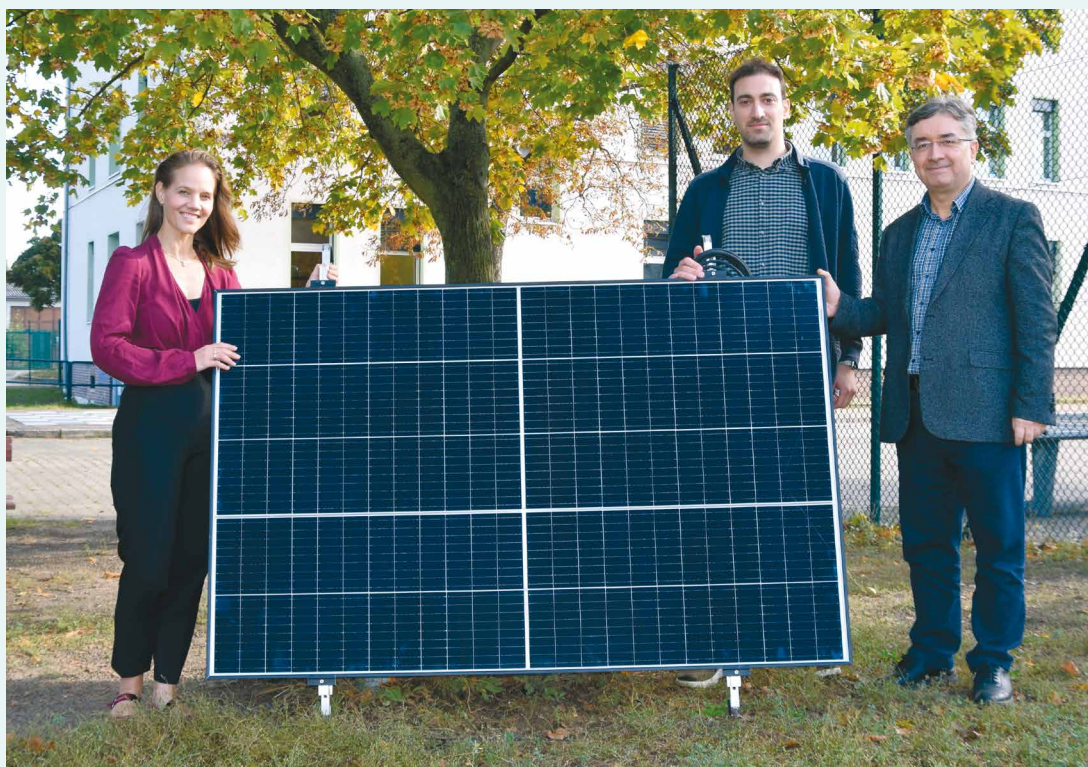
Welches sind denn weitere Erfolge abseits von Klagen, die die DUH in 2024 verbuchen konnte?

Barbara Metz: Da gibt es so viel zu erzählen, aber wir wollen das Interview ja nicht sprengen. Ich greife einfach mal einen ganz zentralen Erfolg heraus: Unseren Hitze-Check in 190 Städten. Der hat unfassbar intensive Diskussionen über Parteigrenzen hinweg ausgelöst. Bürgermeister haben mich angerufen, Stadträte haben uns für Informationen und zu gemeinsamen Beratungen eingeladen. Gibt es noch genug Grünflächen? Gibt es eine Wiese, auf der meine Kinder spielen können? Kühlt es nachts wieder ab? Ich bin niemandem begegnet, der das nicht wichtig findet. Mit unserem Hitze-Check ist es endlich gelungen, diese Debatte über Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort in den Kommunen flächendeckend zu entfachen und wichtige Punkte in die Köpfe zu bringen. Etwa, dass wir eine gesetzliche Verankerung in der Raumordnungsplanung brauchen. Zum Beispiel werden für die Wärmenetze im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung viele Böden aufgerissen werden. Das ist ein Momentum, bei dem man über

„Mit unserem Hitze-Check ist es endlich gelungen, die Debatte über Klimaschutz und -anpassung in den Kommunen zu entfachen und wichtige Punkte in die Köpfe zu bringen.“

Sascha Müller-Kraenner: Ich greife mal den Aspekt „über Parteigrenzen hinweg“ auf. Denn das ist aus meiner Sicht ein ganz zentraler Punkt. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sind kein „nice to have“, sondern essenziell für unsere Wirtschaft und Zukunftsfähigkeit. Und deshalb dürfen sie auch nicht als Ideologie oder Programm einer bestimmten Partei abgestempelt werden. Deshalb brauchen wir Allianzen für diese Themen mit allen demokratischen Akteuren. Ein Beispiel ist unser Auenweiden-Projekt – übrigens das größte in Deutschland – im Landkreis Tirschenreuth in Bayern. Über hundert Hektar Auen, Wiesen und Wälder werden nachhaltig mit Heckrindern und Wasserbüffeln bewirtschaftet. Dies verbindet Klimaschutz, Artenvielfalt und die wirtschaftliche Perspektive für den Landwirt. Mit solchen Projekten zeigen wir, wie ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur gelingen kann. Außerdem sind solche Projekte, bei denen alle Akteure an einem Strang ziehen, ein Beispiel für gelebte Demokratie von CSU bis Deutsche Umwelthilfe.

Barbara Metz



Energiewende zum Anfassen: Barbara Metz übergibt der Wilhelmstadt Grundschule in Berlin ein Balkonkraftwerk. Ermöglicht hat das die Deutsche Postcode Lotterie mit ihren Teilnehmenden.



Bei der großen „Wir haben es satt“-Demo für bessere Lebensmittel, faire Preise und eine naturnahe Landwirtschaft waren auch wir mit unseren Forderungen präsent.

Jürgen Resch: Für mein Herzensthema in diesem Jahr muss ich etwas ausholen. Vor 42 Jahren war ich erstmals erfolgreich gegen das Pestizid Endrin tätig, als ein Vogelsterben am Bodensee unglaubliches Leid für Mensch und Natur ausgelöst hat. Und das Thema Pestizide hat mich natürlich nie losgelassen. Aber viele Jahre lang hatten Umweltverbände praktisch keine Möglichkeiten, die Behörde unter Druck zu setzen, die weiter ultragiftige Pestizide für den Markt genehmigt, das sogenannte Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Erst seit wir uns als DUH ein Mitspracherecht auf europäischer Ebene erstritten haben vor zwei Jahren, ändert sich das. Wir bekommen Einblick in die Unterlagen, können tätig werden. Und wir sehen so viele Fehler, so viele illegale Absprachen, dass es uns in diesem Jahr bereits gelungen ist, relevante Produkte vom Markt zu fegen oder deren Anwendung ganz massiv einzuschränken – gerade jetzt gegen das zentrale Bayer-Glyphosat-Produkt RoundUp Powerflex. Das sind so gigantische Schritte nach vorne, die noch vor Monaten kaum jemand für möglich gehalten hätte, als letztes wohl die Pestizid-Konzerne. Die größte Wucht dieser Erfolge ist, dass es erst der Anfang ist. Jetzt weiten wir unsere Aktivitäten gegen Pestizide erst richtig aus.

„Für die Verkehrswende werden wir mit neuen, kreativen Aktionen massiv Druck machen. Das gilt für ein Tempolimit und für Straße versus Schiene.“

Jürgen Resch

Da dürfen wir gespannt sein auf das kommende Jahr. Apropos kommendes Jahr. Die Ampel ist Geschichte, eine Bundestagswahl und danach eine neue Regierung kommen. Was fordert ihr von dieser ein? Und wie wird sich die DUH dabei einschalten?

Jürgen Resch: Zuallererst müssen wir die Verkehrswende anpacken, die zum kompletten Stillstand gekommen ist. Das gilt für den Verkehr in der Stadt. Da werden wir mit neuen, kreativen Aktionen massiv Druck machen. Das gilt für ein Tempolimit, das nach einem positiven Urteil zu unserer Klimaklage vor dem Bundesverwaltungsgericht kommen muss. Und das gilt für Straße versus Schiene. Der Straßenneubau steht im Fokus, gleichzeitig werden tausende Kilometer Gleise demontiert. Wir brauchen einen Fokus auf Investitionen in die Schiene. Das geht nur mit einem anderen Bahnvorstand. Wir werden überall dort, wo die Bahn systematisch geschwächt wird, mit Öffentlichkeitsarbeit und mit Klagen gemeinsam mit den Menschen vor Ort dafür Druck machen, dass Bahninfrastruktur erhalten bleibt oder wiederhergestellt wird. Gegen die Entscheidung der Deutschen Bahn, die Gäubahn, die Magistrale von Stuttgart über Singen und Zürich nach Mailand abzutrennen, haben wir geklagt und erwarten eine gerichtliche Entscheidung in 2025.



Gegen die Gäubahn-Kappung ist Jürgen Resch nicht nur juristisch aktiv, sondern protestiert auch gemeinsam mit betroffenen Menschen entlang der Strecke.

Und das Thema Methan wird zentral werden. Ein Drittel der globalen Erwärmung ist auf Methan zurückzuführen. Wir werden die vermeidbaren Leckagen mit Messungen sichtbar machen und das mit intensiver politischer Arbeit flankieren. Deutschland braucht Zielvorgaben und einen ganz konkreten Maßnahmenplan.

Sascha Müller-Kraenner: In der kommenden Bundesregierung müssen Natur- und Klimaschutz einen stärkeren Stellenwert erhalten. Naturschutz ist Standortpolitik und kein Gedöns. Nicht alle haben das schon verstanden. Leider sind viele Vorhaben der Ampelkoalition stecken geblieben, vor allem aufgrund des Widerstands der FDP. Die Folgen des Klimawandels – häufigere Hochwasser, Waldbrände, Schäden an Infrastruktur und Gesundheit – zeigen, dass Untätigkeit enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten verursacht. Da sind Fortschritte und Druck essenziell.

Wir müssen sicherstellen, dass der Ausbau von Solar- und Windenergie nicht abgewürgt wird. Da ist in den letzten Jahren viel vorangegangen und das muss sich fortsetzen. In den nächsten Jahren konzentrieren wir uns verstärkt auf den Lückenschluss dieses zukünftigen grünen Energiesystems: die Beschleunigung des Netzausbaus, netzdienliche Systemleistungen wie Batterien, Speicher und Elektrolyseure für ausschließlich grüne Wasserstoffproduktion. Und wir müssen sehr aufpassen, dass das nicht dadurch hintertrieben wird, dass in Deutschland parallel eine

neue Erdgasinfrastruktur aufgebaut wird. Deswegen werden wir uns intensiv wehren – politisch, juristisch und mit Bürgerinitiativen vor Ort – gegen Überkapazitäten beim Ausbau der LNG-Infrastruktur an der deutschen Küste sowie gegen den Bau einer neuen Generation von Gaskraftwerken. Mit unseren Klagen haben wir dafür gesorgt, dass bis heute die Gasförderplattform vor Borkum nicht in Betrieb ist – jetzt gilt es, das Projekt ein für allemal abzusagen.

Barbara Metz: Die Ampelregierung hat die Chancen für eine sozial gerechte Zukunft, die im Klimaschutz im Gebäudebereich liegen, nicht erkannt. Unser Baurecht muss geändert werden. Es stammt aus einer Zeit, als es darum ging, Deutschland aufzubauen. Deshalb liegt der Fokus auf Neubau. Wir brauchen aber Bestandssanierung und -ausbau. Deshalb arbeiten wir hier mit einer ganzen Bewegung zusammen, mit Sozialverbänden und dem Mieterschutzbund, mit House Europe, Architects for Future und mit der deutschen Architektenschaft. Und wenn eine neue Bundesregierung darauf nicht reagiert, auch hier der Verweis auf unsere Klimaklagen im Gebäudebereich gegen die Bundesregierung. Das kann keine neue Koalition ignorieren.

Vieles mehr werden wir angehen und begleiten. Der nach wie vor vorhandenen Unsicherheit durch das unsägliche Gebäudeenergiegesetz werden wir weiter mit einer Bürgerinnen-Sprechstunde als Service-Format begegnen, die schon 12.000 Teilnehmende besucht haben. In der Kreislaufwirtschaft wollen wir uns zusätzlich mit dem

„ In der kommenden Bundesregierung müssen Natur- und Klimaschutz einen stärkeren Stellenwert erhalten. Naturschutz ist Standortpolitik und kein Gedöns.“

Sascha Müller-Kraenner



Vor dem Berliner Gerichtsgebäude beim Verhandlungstermin im Mai waren unsere Klimaschutzforderungen nicht zu übersehen.

Modebereich befassen, denn ein riesengroßer Ressourcenstrom geht in den Fast Fashion-Bereich. Den Hitze-Check wollen wir fortsetzen und noch viel mehr.

Ihr blickt also optimistisch ins neue Jahr?

Barbara Metz: Natürlich. Wie eingangs gezeigt: Die Methode DUH funktioniert. Wir machen Druck von oben und von unten – auf der politischen Ebene und auf der konkreten, praktischen Ebene mit den Menschen und wenn beides nicht fruchtet, vor Gericht. Das alles werden wir noch intensivieren.

Sascha Müller-Kraenner: Viele Erfolge, wie das angesprochene rechtskräftige Urteil für Landnutzung, Wälder und Moore, werden erst im kommenden Jahr ihre Wirkung richtig entfalten. Und wir

haben in den vergangenen Jahren sicherlich ausreichend gezeigt, dass wir uns auch von Bedrohungen nicht einschüchtern lassen und Angriffe auf unsere Rechte abwehren können. Wir können das nur dank der Unterstützung der vielen Menschen, die als Spender, Fördermitglieder und Paten an unserer Seite stehen. Wenn Sie an unserer Seite stehen, dann bekommen wir das hin.

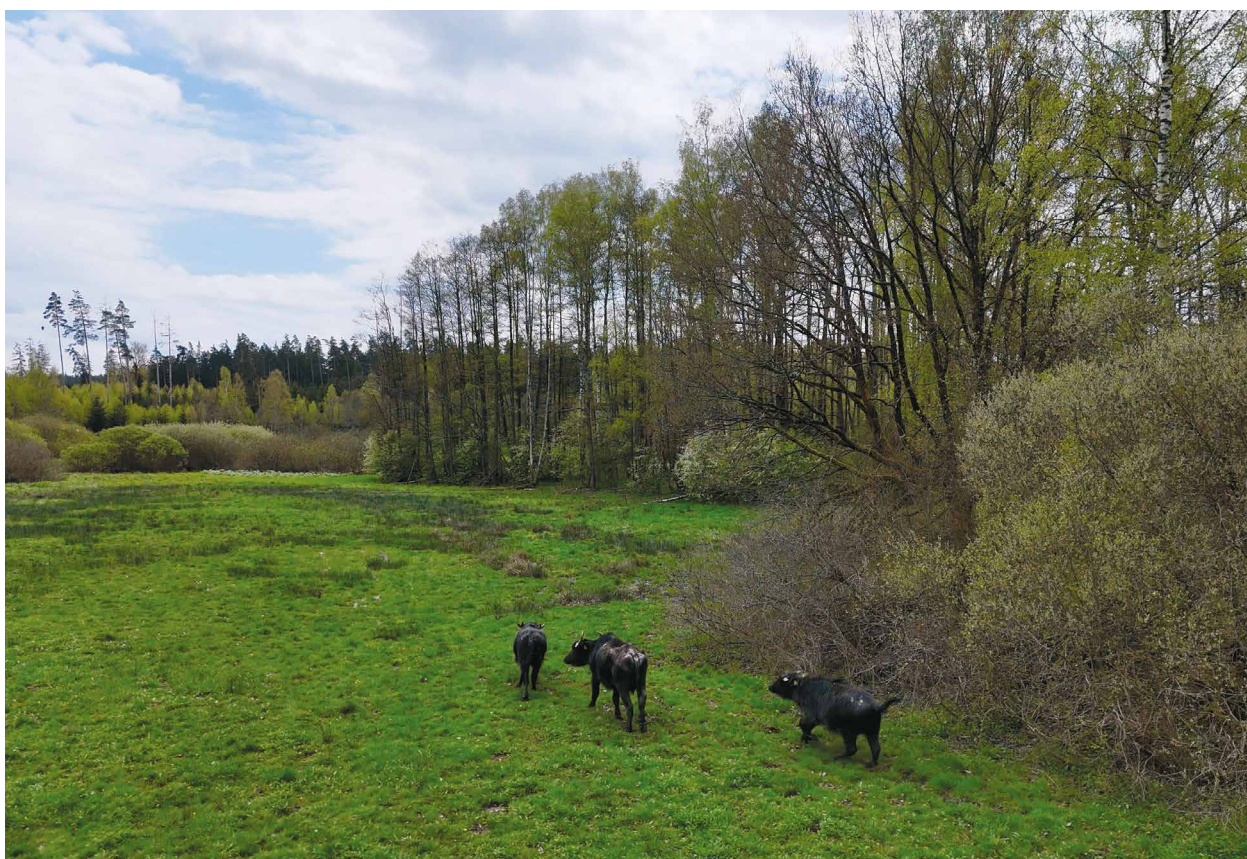
Jürgen Resch: Und einige wichtige Verfahren werfen ja schon ihre Schatten voraus. Ich gehe davon aus, dass wir sowohl vom Bundesverfassungsgericht als auch vom Bundesverwaltungsgericht Grundsatzentscheide fürs Klima erleben werden in unseren Verfahren. Daran wird sich auch eine neue Regierung ausrichten müssen.

.....
Das Interview führten Andrea Kuper und Jutta Kochendörfer, Redaktion DUHwelt.



» Unsere Klimaklagen sind ein scharfes Schwert im Kampf für eine klimagerechte Zukunft. Das zeigen die wegweisenden Urteile gegen die Bundesregierung in diesem Jahr erneut. «

Christoph Störmer
Referent für Klimaschutz
im Verkehr & Klimaklagen



Wir schützen das Klima mit Recht!

Es gibt Erfolge, die es wert sind, in das oberste Regal zu greifen, um sie zu beschreiben: historisch. Zu diesen Erfolgen gehören unsere beiden gewonnenen Klagen gegen die Bundesregierung am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Frühjahr dieses Jahres. Doch trotz der errungenen Urteile gab auch im Jahr 2024 Anlass, weitere Klimaklagen zu erheben.

Es reicht nicht, dass die Bundesregierung sich nur auf dem Papier Klimaziele setzt, aber im nächsten Schritt keine Maßnahmen beschließt, um diese auch tatsächlich zu erreichen. Das hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am Abend eines langen Verhandlungstages im Mai dieses Jahres bestätigt und die Bundesregierung dazu verurteilt, ihr Klimaschutzprogramm für den Landnutzungssektor sowie die Sektoren Verkehr, Industrie, Gebäude, Energie, Abfallwirtschaft und Sonstiges substanziell nachzuschärfen.

Auf eine Revision hat die Bundesregierung im Fall des Urteils bezüglich des Landnutzungssektors verzichtet; somit wurde es rechtskräftig. Das ist ein riesiger Erfolg! Er zeigt, dass unsere Klimaklagen zu konkreten Verpflichtungen in der Klimaschutzpolitik führen.

Wälder, Moore, Auen – das Urteil im Landnutzungssektor

Im Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft muss die Bundespolitik nun einen Rahmen setzen, der die Klimaschutz-Eigenschaften von Böden und Vegetation stärkt. Umgehend braucht es umfassendere Maßnahmen für gesunde Wälder, intakte Moore und Auen. Denn aufgrund massiver Eingriffe haben die Landschaften ihre Fähigkeit, Kohlenstoff zu binden, vielerorts verloren. Ihre Klimaschutzleistung wird demnach immer geringer oder sie stoßen sogar selbst Treibhausgase aus.

Das Urteil ist ein großer Erfolg für den Klimaschutz und die Natur selbst. Wenn wir die natürlichen Koh-

Landnutzung im Einklang mit Natur- und Klimaschutz in unserem Projekt an der Waldnaab: Wilde Weide mit Wasserbüffeln und robusten Rindern.

lenstoffsenken renaturieren, stärken wir gleichzeitig auch deren andere vielfältige Ökosystemleistungen, beispielsweise den Hochwasserschutz. Und nicht zuletzt sind intakte Lebensräume von immenser Bedeutung für die Artenvielfalt.

Mit einem praktischen Beispiel (siehe Foto links) zeigen wir in der Waldnaab-Aue in Bayern, wie landwirtschaftliche Nutzung, Klima- und Naturschutz Hand in Hand gehen. Im Feuchtgrünland der Waldnaab weiden ganzjährig robuste Rinder und Wasserbüffel, die den Boden schonend „bearbeiten“ und so ein vielfältiges Lebensraummosaik für Insekten und Vögel schaffen.

waltungsgericht gewinnen werden, aber leider ist dieses Spiel auf Zeit gefährlich. Umso später die Regierung beim Klimaschutz nachbessert, umso größer wird die Herausforderung, wieder auf Klimakurs zu kommen. Und: In den Problemsektoren Verkehr und Gebäude verletzt sie nicht nur nationale, sondern auch europarechtliche Klimaschutzvorschriften. Dasselbe gilt für den Landnutzungssektor. Deswegen haben wir Anfang August zwei weitere Klimaklagen gegen die Bundesregierung am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingereicht.

Mit dieser Kombination aus Klimaklagen, die sich auf das nationale Klimaschutzgesetz beziehen und jenen,



Gemeinsam mit jungen Menschen sind wir im Juli erneut vor das Bundesverfassungsgericht gezogen.

Gefährliches Spiel auf Zeit – die Revision der Bundesregierung

Obwohl das Urteil zum Nachschärfen des Klimaschutzprogramms für die Sektoren Verkehr, Industrie, Gebäude, Energie, Abfallwirtschaft und Sonstiges deutlich ausfiel, hat die Bundesregierung Revision dagegen eingelegt. Wir sind überzeugt, dass wir diese Revision am Bundesver-

die auf europäischem Klimarecht basieren, nehmen wir die Bundesregierung einmal mehr juristisch in die Zange.

Zwei Klagen am Bundesverfassungsgericht

Neben diversen Klimaklagen laufen derzeit zwei Verfassungsbeschwerden gegen die Bundesregierung. Sowohl das Klimaschutzprogramm 2023 als auch das entkernte Klimaschutzgesetz verschieben notwendige CO₂-Einsparungen – zulasten zukünftiger Generationen. Ein klarer Verstoß gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts von 2021! Wir haben deswegen bereits im Oktober 2023 Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzprogramm eingereicht und am Tag des Inkrafttretens des entkernten Klimaschutzgesetzes eine zweite Verfassungsbeschwerde nachgelegt. Wir hoffen auf eine baldige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, so dass wichtige Weichen für den Klimaschutz in Deutschland zügig gestellt werden!



Im Mai: Im Gerichtsaal präsentieren Sascha Müller-Kraenner, Barbara Metz und Jürgen Resch Klimaschutz-Statements aus unserem Unterstützerkreis.



Unsere Pestizidklagen tragen Früchte

Unsere Gerichtsverfahren gegen umwelt- und gesundheitsschädliche Pestizide zeigen Wirkung: Auf unseren Druck hin haben die Behörden den Widerruf einzelner Zulassungen von Pestiziden angekündigt oder bereits vorgenommen.

Einen ersten Erfolg erreichten wir im Januar mit dem Widerruf der Zulassungen der Pestizide Gardo Gold und Dual Gold mit dem Wirkstoff S-Metolachlor durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).

Wichtige Meilensteine sind die im Oktober angekündigten Zulassungswiderrufe der flufenacethaltigen Herbizide Tactic und Elipris durch das BVL. Jetzt gilt es durchzusetzen, dass Restbestände dieser gefährlichen Produkte nicht auf unseren Äckern „aufgebraucht“ werden dürfen.

Flufenacet gehört zu den „Ewigkeitschemikalien“, die in der Umwelt nicht abgebaut werden können. Die europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA hat in einem kürzlich veröffentlichten Bericht festgestellt, dass Flufenacet mit erheblichen Umwelt- und Gesundheitsgefahren verbunden ist und hormonschädliche Wirkungen nicht ausgeschlossen werden können. Obwohl die Ergebnisse teilweise schon seit längerem vorlagen, hatte die EU die Genehmigung ohne vollständige Risikobewertung verlängert. Dagegen haben wir im September beim Europäischen Gericht Klage eingereicht.

Unsere im Jahr 2023 eingereichte Klage gegen das glyphosathaltige Mittel Roundup PowerFlex brachte ans Licht, dass wichtige Risikobewertungen nicht durch-

geführt wurden. Beim Nachholen dieser Bewertung wurde festgestellt, dass das Mittel in fast allen Anwendungen unannehmbare Auswirkungen auf die Umwelt hat. Im November schließlich widerrief das BVL die Verlängerung der Zulassung von Roundup PowerFlex, wodurch die Zulassung beendet wurde. Das Ende dieser Zulassung ist ein weiterer Durchbruch für unsere Pestizidklagen. Wir behalten uns rechtliche Schritte gegen weitere Glyphosat-Produkte vor, um deren Verbot in Deutschland durchzusetzen. Auf EU-Ebene gehen wir gemeinsam mit der Aurelia-Stiftung gegen die Genehmigungserneuerung des Wirkstoffs Glyphosat vor.

Im September haben wir gemeinsam mit der Klage zu Flufenacet beim Europäischen Gericht die Verlängerung des Wirkstoff Sulfurylfluorid angegriffen, der erheblich zur globalen Erwärmung beiträgt. Das Gas, das hauptsächlich zur Behandlung von Exportholz verwendet wird, hat auf den Zeitraum von 20 Jahren betrachtet ein über 7.000-mal höheres Treibhauspotenzial als CO₂.

25.000 Tonnen Pestizide jährlich sind zu viel für die Umwelt! Die bereits erwirkten Widerrufe sind ein Beleg für die Wirksamkeit unserer Klagen. Deshalb kämpfen wir auch im kommenden Jahr gegen unzulässige Zulassungen besonders schädlicher Ackergifte.

Förderer:
foodwatch e.V.,
Olin gGmbH,
Stiftung The Families for
Nature Foundation

Falsche Versprechen, echte Konsequenzen



E urerings, Shell, dm und viele weitere Unternehmen werben mit falschen Umweltversprechen: Sie bezeichnen Flugreisen, Benzin oder Duschgel als „klimaneutral“ und stützen dies auf den Kauf von Emissionsgutschriften aus Kompensationsprojekten im Globalen Süden und unausgereifte Zukunftstechnologien. Die Öko-Bilanzen der Produkte werden so schön gerechnet, ohne dass die Unternehmen selbst Emissionen vermeiden und reduzieren. Für die Konzerne ist das attraktiv, weil es billig und verkaufsfördernd ist.

Seit Mai 2022 überprüfen wir Werbung auf solche Versprechen und stellen immer wieder fest, dass die Rechnung mit der Kompensation nicht aufgeht. Die behaupteten CO₂-Einsparungen werden massiv überschätzt, sind nicht dauerhaft oder basieren auf Projekten, die auch ohne den Verkauf der Emissionsgutschriften umgesetzt worden wären und somit keine zusätzlichen Einsparungen bringen. Von Kompensation oder gar Klimaneutralität kann daher nicht die Rede sein.

Mehr als 100 Rechtsverfahren gegen Unternehmen haben wir deshalb bereits eingeleitet und kein einziges verloren. Während einige Verfahren derzeit noch laufen, hat die Mehrheit der Unternehmen ihre irreführenden Werbeaussagen zurückgezogen und eine Unterlassungserklärung abgegeben. Darunter sind auch zahlreiche Gasversorger, die fossiles Erdgas mit falschen Kompensationsversprechen als klimaneutrales Ökogas vertrieben haben. Gemeinsam mit dem Medienhaus Correctiv hat die DUH die Ökogas-Lüge aufgedeckt und ein Umdenken in der Energiebranche angestoßen.

Die versprochene Kompensation stützt sich neben Wald- und Kochofenprojekten vielfach auf Bereiche der

erneuerbaren Energien wie die Wasserkraft. Die von uns überprüften Wasserkraftprojekte eignen sich jedoch nicht zur Kompensation, weil sie nicht zusätzlich sind. Außerdem wird die lokale Bevölkerung häufig übergangen, obwohl sie von den durch die Anlagen verursachten negativen sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen am stärksten betroffen ist.

Es ist daher ein großer Erfolg, dass die EU auf unser Drängen und das weiterer Verbände in diesem Jahr ein Verbot vager klimaneutral-Versprechen auf Produktebene beschlossen hat. Mit über 42.000 Unterschriften konnten wir im September dem inzwischen aus dem Amt geschiedenen Justizminister Buschmann zeigen, dass dieses Thema die Menschen bewegt. Das Verbot muss nun zeitnah in nationales Recht umgesetzt werden. Mehr noch: Wir fordern Klimaneutralitätsversprechen ohne Beschränkung auf die Produktebene komplett zu verbieten, wenn diese auf Kompensation beruhen. Denn immer mehr Unternehmen erklären nicht nur die absurdesten Produkte wie fossiles Gas für „klimaneutral“, sondern auch sich selbst. So versprach HelloFresh, das „erste globale klimaneutrale Kochbox-Unternehmen“ zu sein, bis ihnen diese Werbung aufgrund unserer Klage untersagt wurde. Andere geben unrealistische Zukunftsversprechen ab: Der Kreuzfahrtriester TUI Cruises etwa warb mit „dekarbonisiertem Kreuzfahrtbetrieb“ ab 2050. Auch gegen solche Versprechen, deren Erfüllung meist in weiter Ferne liegt und die unzureichend mit Kompensation oder mit unrealistischen Annahmen begründet werden, gehen wir verstärkt vor. Wir sagen ganz klar: Unternehmen müssen überprüfbare Ziele und einen realistischen Umsetzungsplan vorlegen.

» Dank unserer Klagen dürfen viele Unternehmen ihre Produkte nicht länger als „klimaneutral“ bewerben. Wir haben kein einziges Verfahren verloren und konnten bereits unzählige Erfolge gegen Greenwashing und Verbrauchertäuschung erwirken. «

Agnes Sauter,
Leiterin Ökologische
Verbraucherberatung und
Marktüberwachung



„Klimaneutral“-Label finden sich auf unterschiedlichsten Produkten. Sie sind irreführend und eine Verbrauchertäuschung zu Lasten des Klimas.

Neben der Elster fließen weitere Flüsse durch Leipzig, auch alter Baumbestand prägt die Stadt.



Damit die Netto-Null beim Flächenverbrauch kommt

» Jahrzehntlang wurden Städte zugunsten des Autos gebaut. Sie müssen dringend zum Wohle des Menschen umgebaut werden. Je grüner desto mehr Wohlbefinden! «

Markus Zipf,
Leiter Kommunaler
Umweltschutz

Förderer:
Venture and Nature Fund

Täglich wächst Deutschlands Siedlungs- und Verkehrsfläche um über 50 Hektar, im Jahr etwa so viel wie die Fläche der Stadt Hannover. So verlieren unsere Städte immer mehr wertvolles Grün, das saubere Luft, Kühlung und Schatten spendet. Wir fordern einen Stopp der zusätzlichen Flächenversiegelung.

Während die Diskussion, wie der Flächenverbrauch wirksam eingedämmt werden kann, sich seit Jahren zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Kreis dreht, haben wir dessen Ausmaß sichtbar gemacht: Mit unserem Hitze-Check haben wir den Versiegelungsgrad und die Grünausstattung der Kommunen auf der Basis von Satellitendaten aufgezeigt und bewertet. Von 190 untersuchten Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern sind 106 überdurchschnittlich versiegelt. 37 Prozent der Einwohner in Städten und Gemeinden müssen sich in ihrer direkten Wohnumgebung mit weniger als 860 Kubikmeter Grünvolumen zufriedengeben. Das entspricht etwa dem Viertel eines durchschnittlichen Baums.

Der Hitze-Check hat eine wahre Welle an Resonanz in der Öffentlichkeit, den untersuchten Städten und bei den dort lebenden Menschen ausgelöst. Mehr als 300 TV- und 1000 Radio-Beiträge, annähernd 40.000 Reaktionen in den Sozialen Medien und ungezählte Anfragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern haben gezeigt, wie wichtig es den Menschen ist, dass die Städ-

te und Gemeinden endlich die Herausforderungen des Klimawandels annehmen. Denn allein die gesundheitlichen Folgen der aufgeheizten Städte sind vielfältig. Besonders leiden ältere Menschen und Kinder, deren Körper extreme Temperaturen schwer ausgleichen kann.

Eine unserer zentralen Forderungen, die wir in einem entsprechenden Papier an die politisch Verantwortlichen gerichtet haben, lautet, verbindliche Flächenverbrauchsgrenzen für die räumlichen Planungen von Bund, Ländern und Kommunen festzulegen. Wie Kommunen trotz Flächensparen für Wohnraum sorgen und gleichzeitig mit Grün und Blau Wohlfühl- und Klimaoasen schaffen können, haben wir Fachleuten aus Städten und Gemeinden in unserer digitalen Kommunalwerkstatt aufgezeigt.

Wir fordern, dass spätestens 2035 mit der zusätzlichen Versiegelung Schluss sein muss. Mit dem Hitze-Check werden wir künftig jedes Jahr untersuchen, welche Kommunen in Deutschland mehr grüne Lebensqualität geschaffen haben.

Mainstream Balkonkraftwerke

Balkonkraftwerke erfreuen sich immer größerer Beliebtheit: Die Zahl der registrierten Anlagen hat sich 2024 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Das hängt auch mit der erfolgreichen Arbeit der DUH zusammen.

So konnten wir gemeinsam mit vielen anderen Akteuren erwirken, dass Balkonkraftwerke endlich in die Liste der privilegierten Maßnahmen im Miet- und Wohnungseigentumsrecht aufgenommen wurden. Leider sperren sich trotz dieses Erfolgs viele Vermieter in Deutschland weiter gegen die Anbringung eines Balkonkraftwerks. Als Verbraucherschutzorganisation lassen wir das nicht durchgehen: So haben wir nach einer erfolgreichen Klage in Kiel auch 2024 zwei weitere Verfahren in Berlin und Königs-Wusterhausen juristisch und mit großem medialem Echo begleitet. Durch unsere Musterklagen tragen wir zur Rechtsentwicklung bei und zeigen uneinsichtigen

Vermietern: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist von überragendem öffentlichen Interesse. Somit dürfen Mieter in aller Regel Balkonkraftwerke anbringen. In zahlreichen Formaten wie E-Mail, Telefon, Live-Talk und Bürgersprechstunde leisteten wir hierzu Verbraucherberatung. Beides – Verbraucherberatung und weitere Klageverfahren – werden wir auch 2025 fortführen.

Dank der Förderung durch die Deutsche Postcode Lotterie konnten wir in Kooperation mit der Wohnbau Salzgitter zeigen, wie Skalierung im Bereich Balkonkraftwerke funktionieren kann. In Salzgitter-Bad haben wir gemeinsam fünf Gebäudefronten über acht Stockwerke mit 36 Balkonkraftwerken ausstatten lassen. Und das war nur der Anfang: Im Frühjahr 2025 sollen weitere Bestände in Salzgitter und Stralsund folgen. Der aus den Balkonkraftwerken erzeugte Strom ist für die Mieter kostenlos. Ein Mehrwert fürs Klima und den Geldbeutel!

Förderer:

Dank ihrer Teilnehmenden hat die Deutsche Postcode Lotterie das Projekt Balkonkraftwerke unterstützt. Unsere juristischen Aktivitäten wurden nicht von ihr unterstützt.

So blühen Schulhöfe auf

Noch immer ist ein Großteil der Schulgelände von Asphalt und Beton geprägt und bietet keine Anregung fürs Naturerleben. Wo Grünflächen, Sträucher und Bäume fehlen, leidet der Wasserhaushalt und im Sommer staut sich die Hitze. Unsere Aktion „Grün statt Grau“ ermutigt Bürgerinnen und Bürger, bei ihrer Kommune die naturnahe Umgestaltung der Schulhöfe in der Nachbarschaft zu beantragen. Innerhalb weniger Wochen wurden über unser Onlineformular deutschlandweit 600 solcher Bürgeranträge gestellt.

Unsere Praxisarbeit war auch in diesem Jahr erfolgreich. Zehn Schulen in Thüringen und 15 Schulen in Rheinland-Pfalz haben wir auf ihrem Weg zu naturnah gestalteten Schulhöfen bei der Planung und Umsetzung fachlich und mit einer Anschubfinanzierung unterstützt.

Unsere neu etablierte Online-Fachreihe „Schulgelände umgestalten“ hat über 500 Interessierte aus Schulen, Kommunen und Planung zu den Themen Partizipation, Finanzierung und Klimaanpassung zusammengebracht. Bei unserem erstmalig 2024 veranstalteten „Bundeskongress NaturErlebnisRäume“ in Hamburg befassten sich 200 Teilnehmende intensiv mit der Gestaltung naturnaher Flächen. Der nächste Kongress „Zukunftsfähige Schulgelände“ ist für den 14. und 15. Mai 2025 in Berlin geplant; auch die Online-Fachveranstaltungen setzen wir im nächsten Jahr fort.

Um den politischen Druck für die Umgestaltung von Schulhöfen zu erhöhen, haben wir den Arbeitskreis „Zukunftsfähige Schulgelände“ ins Leben gerufen und mit ihm zehn Forderungen erarbeitet, unter anderem eine biodiversitätsfördernde, klimaangepasste und partizipative Umgestaltung aller Schulgelände. Unsere Projekte zeigen längst, wie das gelingt.



Einladend grün und zugleich klimaresilient: das Gelände der Köllerholzscheule in Bochum.

Förderer:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz, Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz mit Mitteln des Freistaats Thüringen, The Nature Conservancy (TNC)



» Klima und Meere dürfen nicht der Öl- und Gasindustrie geopfert werden. Mit unseren Klagen stoppen wir neue Bohrungen und LNG-Terminals – für echten Meeres- und Klimaschutz. «

Clara Winkler,
Referentin Energie
und Klimaschutz



Standorte fossiler Infrastruktur an den Küsten der deutschen Nord- und Ostsee sowie im Meer.

Meeresschutz statt fossiler Abhängigkeiten

Die Klimakrise, Schiffsverkehr und wirtschaftliche Nutzung belasten die Meere und ihre Bewohner. Dennoch baut Deutschland trotz des 1,5-Grad-Ziels weiterhin fossile Infrastrukturen aus. Wir klagen gegen die Öl- und Gasbohrungen sowie die LNG-Terminals an unseren Küsten, um das Klima und die Meeresnatur zu schützen.

Neuere fossile Infrastruktur neben einem Naturschutzgebiet und Ölbohrungen im UNESCO-Welt-naturerbe gefährden den Status des Wattenmeers und schaden dem Schweinswal wie anderen Arten. Für die Ölförderung auf der Bohrinsel Mittelplate in einem Vogelschutzgebiet im schleswig-holsteinischen Wattenmeer wurde niemals eine Fauna-Flora-Habitat-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt. Wir sind überzeugt, dass die Gefahr von Öl-Unfällen mit dem Schutzstatus unvereinbar ist und gehen gerichtlich dagegen vor.

Gegen die Gasbohrungen vor Borkum klagen wir auf mehreren Ebenen. Die Bohrinsel in der niederländischen Nordsee liegt nahe der deutschen Natura 2000-Schutzgebiete. Niederländische Gerichte folgten unseren Zweifeln an der Baugenehmigung der Gasförderplattform sowie unseren Forderungen nach Umweltstandards und stoppten das Projekt. Kurz darauf erteilten die niederländischen Behörden jedoch eine neue Genehmigung, die an den Betrieb der Plattform mit Windenergie gekoppelt ist. Windenergie wird für die

Energiewende gebraucht – sie für den Betrieb einer Gasplattform zu verschwenden, ist absurd. Die notwendige Verlegung des Stromkabels durch einzigartige Steinriffe haben wir im Eilverfahren gestoppt. Deshalb kann die Gasplattform, die inzwischen fertig errichtet wurde, den Förderbetrieb nicht aufnehmen. Im August 2024 genehmigte die niedersächsische Landesbehörde für Bergbau, Energie und Geologie Richtbohrungen unter der deutschen Nordsee, gegen die wir ebenfalls klagen.

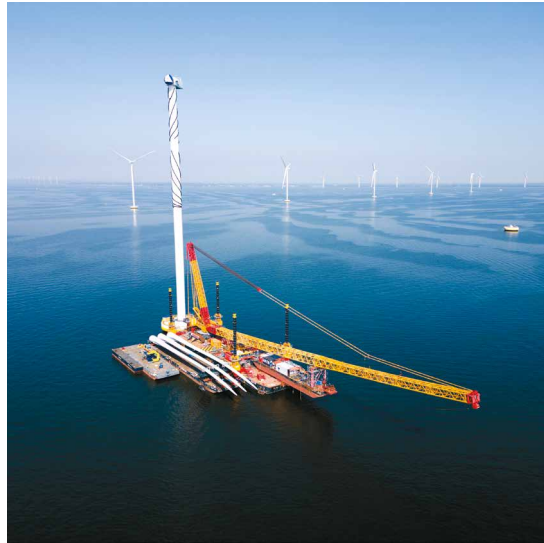
Zusätzlich setzt Deutschland auf klimaschädliches LNG aus dem Ausland und schafft mit dem Bau von bis zu neun Import-Terminals massive Überkapazitäten. Die unter dem Deckmantel der Gasmangellage ohne Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigten Terminals verursachen zudem hohe Stickstoffemissionen, Lärm und Chloreinleitungen. An allen Standorten, an denen LNG-Terminals geplant, gebaut oder bereits betrieben werden, kämpft die DUH in unterschiedlichen Verfahrensschritten juristisch gegen den Ausbau dieser neuen fossilen Infrastruktur.

Förderer:
OCEAN5, European
Climate Foundation (ECF)
und FILE

Wind for Future

Windenergie ist eine tragende Säule der Energiewende und das Aushängeschild grüner Industrie aus Europa: Produktion, Installation und Instandhaltung von Windenergieanlagen generieren bereits heute Hunderttausende hochwertige Arbeitsplätze, sichern die verantwortungsvolle Umsetzung der Erneuerbaren Ausbauziele und fördern die regionale Wirtschaftsentwicklung. Die europäische Windbranche steht beispielhaft für Potenziale, die aus Gemeinschaftsprojekten wie der Energiewende erwachsen können. Dabei ist die kontinuierliche Wahrung von Umweltstandards und fairen Arbeitsbedingungen eine unerlässliche Voraussetzung.

Die Deutsche Umwelthilfe setzt sich deshalb für eine Stärkung dieser Werte in allen Bereichen der Windenergie ein. Zu diesem Zweck haben wir uns 2024 im Rahmen unterschiedlicher Bündnisse aus Gewerkschaften, Umweltverbänden und Unternehmen organisiert und gemeinsame Anstrengungen unternommen: So haben wir uns unter anderem für die Reformierung des Ausschreibungsdesigns von Offshore-Windparks zur Stärkung ökologischer und sozialer Komponenten eingesetzt, gemeinsame politische Handlungsempfehlungen zum



Ausbau einer nachhaltigen Windenergieproduktion in Europa veröffentlicht und in einem außergewöhnlichen Schulterchluss mit Energiekonzernen die Beibehaltung von Umweltprüfungsverfahren bei Genehmigungen für Offshore-Windenergieprojekte eingefordert.

Der Ausbau einer nachhaltigen Windenergieproduktion in Europa bietet viel Potenzial für die Energiewende und den Wirtschaftsstandort.

Förderer:
Venture and Nature Fund (VNF),
OCEAN5

Wärmewende: Jetzt ist Weitblick gefragt

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland mit über einer Million Gasheizungen mehr als je zuvor installiert. Dahinter steckt oft die falsche Erwartung, dass die Gasnetze künftig ohnehin auf Wasserstoff umgestellt werden und damit für Gebäudeeigentümer alles bleibt wie bisher. Dass dies ein Irrtum ist, zeigen wir mit unserer Arbeit unermüdlich auf. Vielerorts wird das Gasnetz schrittweise stillgelegt werden. Früher oder später wird also sowieso eine nachhaltigere Lösung für die Wärmeversorgung im Haus notwendig. Dort, wo Wasserstoff künftig verfügbar ist, wird der Bezug durch die immensen Bedarfe aus der Industrie sehr teuer.

Auch mit Blick auf die Entwicklung des CO₂-Preises, der bereits heute beim Heizen mit Öl oder Gas fällig wird, ist der Umstieg auf Erneuerbare Energien eine wirtschaftlich kluge Entscheidung. Denn der CO₂-Preis für fossile Brennstoffe wird ab 2027 deutlich steigen, da er dann nicht mehr durch ein deutsches Gesetz, sondern durch den europäischen Emissionshandel bestimmt wird. Die Preisentwicklung lässt sich deshalb noch nicht exakt vor-

hersagen, doch ein Preissprung von derzeit 45 auf weit über 100 Euro pro Tonne CO₂ ist nicht auszuschließen.

Besonders Mieter und Eigentümer mit niedrigen Einkommen, die nachweislich häufiger in energetisch schlechten Gebäuden leben, erwarten höhere Nebenkosten, wenn die Politik es weiterhin versäumt, vulnerable Gruppen ausreichend zu unterstützen. Die nachhaltigste Lösung gegen hohe Nebenkosten und Energiearmut ist die umfassende Sanierung des Gebäudes. Wir setzen uns kontinuierlich für eine sozial gerechte Gebäudeförderung ein, die Eigentümern mit niedrigen Einkommen ermöglicht, notwendige Investitionen zu tätigen und die Sanierung von Mietwohnungen ohne Mietsteigerung anreizt.

Auch Schulen, Rathäuser und weitere öffentliche Gebäude sind in einem schlechten Zustand. In unserem Projekt BauKlima Kommunal unterstützen wir deshalb Kommunen unter anderem mit Weiterbildungsangeboten, ihre Gebäude zu sanieren und dabei auf ökologische Bauweisen zu setzen.

Förderer:
Nationale Klimaschutzinitiative (NKI),
European Climate Foundation (ECF)



Kann das weg?

Die farbenfrohen-fruchtigen, meist aber auch nikotinhaltigen Vapes verleiten vor allem Jugendliche zum Einstieg ins Rauchen. Für die Einweg-E-Zigaretten werden Ressourcen unnötig verschwendet. Noch dazu entsteht eine brandgefährliche Müllproblematik.



» Wir lehnen Einweg-E-Zigaretten ganz massiv ab. Sie sind gesundheitsschädlich, verschwenden kostbare Rohstoffe und lassen problematische Müllberge wachsen. «

Thomas Fischer, Leiter
Kreislaufwirtschaft

Nach einigen hundert Zügen ist eine Einweg-E-Zigarette aufgebraucht. Das kurzlebige Produkt landet oft im Hausmüll oder wird dort fallengelassen, wo man geht und steht. Der korrekte Entsorgungsweg müsste in die Elektroschrott-Sammlung führen – über kommunale Wertstoffsammelstellen oder über den Handel.

Jährlich werden mehr als 60 Millionen Einweg-E-Zigaretten in Deutschland konsumiert. In jeder steckt eine Lithium-Ionen-Batterie, die wertvolle Ressourcen enthält, deren Abbau mit Umweltzerstörung und Klimabelastung einhergeht. Im Hausmüll oder später im Entsorgungsfahrzeug lösen solche Batterien immer wieder Brände aus. Belgien und Frankreich haben den Verkauf verboten.

Von Umweltministerin Steffi Lemke fordern wir gemeinsam mit 16 Organisationen aus Gesellschaft, Wirtschaft und dem Gesundheitswesen ein Verbot über die Novelle des Elektroggesetzes. Mit dabei sind die Bundesärztekammer, das Kinderhilfswerk, die Deutsche Lungenstiftung und der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft. Bislang plant die Ministerin jedoch lediglich eine Rücknahme-

pflicht für den Handel. Damit missachtet sie das Votum von mehr als 35.000 Menschen, die unsere Petition für ein Verbot unterzeichnet hatten. Wir werden so lange weiter Druck auf die Politik ausüben, bis sie Einweg-E-Zigaretten verbannt.

Auch viele andere ausgediente Elektrogeräte werden falsch entsorgt und können demnach nicht wiederverwendet oder recycelt werden. Deshalb überprüfen wir bei Testbesuchen, ob Supermärkte, Drogerien oder Onlinehändler die gesetzlich vorgeschriebene, kostenlose Altgeräte-Rücknahme umsetzen und Verbraucher darüber informieren. Mit erfolgreichen Klagen konnten wir Unternehmen wie Aldi, Lidl, Edeka, Rewe, Netto und Rossmann sowie die Onlinesparten von Obi, Globus oder Hornbach zur gesetzeskonformen Information und Rücknahme zwingen.

Zudem haben wir eine wissenschaftliche Studie zur Weiterentwicklung des Elektroggesetzes beauftragt. Damit lassen wir Möglichkeiten zur Steigerung der Sammelmengen und der Förderung von Wiederverwendung und Recycling untersuchen.

Mehrweg von der Kleinstadt bis zur EU

Mit unserer Kampagne „Plastikfreie Städte“ konnten wir auch im Jahr 2024 wichtige Impulse setzen. Konstanz plant, in 2025 nach dem Vorbild von Tübingen eine Steuer auf Einweg-to-go-Verpackungen einzuführen und will damit für eine saubere Innenstadt sorgen. Auch Heidelberg und Freiburg befassen sich sehr konkret mit solch einer Steuer. Während 2020 nur zehn Städte Interesse an kommunalen Verpackungssteuern zeigten, sind es heute schon 124! Noch warten viele Städte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ab: Die Franchisenehmerin von McDonald's aus Tübingen lässt nicht locker und hat die letzte Instanz bemüht, um kommunale Verpackungssteuern rechtlich zu verhindern. Doch auch wir lassen nicht locker, beraten weiter die Städte und sind zuversichtlich, dass wir nach einem positiven Urteil eine Welle weiterer kommunaler Verpackungssteuern auslösen können!

Seit zwei Jahren unterliegen größere Gastronomiebetriebe der Pflicht, Mehrwegverpackungen für Getränke und Speisen anzubieten – doch bis heute mangelt es an der Umsetzung und behördlichen Kontrolle. Deshalb setzen wir die gesetzliche Pflicht durch! Dank unserer rechtlichen Schritte gegen Unternehmen wie McDonald's, Dunkin Donuts, Yormas und Edeka wird Mehrweg inzwischen deutlich konsequenter angeboten.

Für ein größeres Mehrwegsortiment und weniger vorverpackte Produkte in Supermarktregalen setzen wir

uns mit unserem Verpackungsscheck ein. Unsere diesjährigen Tests in 48 Filialen großer Supermarkt- und Discount-Ketten zeigten, dass nur Bioläden zufriedenstellend abschneiden, für Discounter wie Aldi und Lidl hagelte es hingegen rote Karten.

Etwas aufräumen in den Supermarktregalen kann die neu beschlossene EU-Verpackungsverordnung, in deren Verhandlungen wir uns aktiv für ambitionierte Maßnahmen für weniger Verpackungsmüll eingesetzt hatten. Erstmals sind verbindliche Ziele zur Reduktion von Verpackungsabfällen und für die Einführung von Mehrwegsystemen für Supermärkte oder den Online-Handel festgelegt worden – ein wichtiger Zwischenerfolg unserer jahrelangen Arbeit.



» Die neue EU-Verordnung ist ein wichtiger Schritt für weniger Verpackungsmüll in Europa. Nun werden wir uns dafür einsetzen, dass Deutschland über die EU-Vorgaben hinausgeht und Mehrwegsysteme noch stärker fördert. «

Elena Schägg,
Stellvertretende Leiterin
Kreislaufwirtschaft

Dank ihrer Teilnehmenden fördert die Deutsche Postcode Lotterie den „Verpackungsscheck“.

Richtschnur für die Ressourcenpolitik

Dass die Bundesregierung eine nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) erarbeitet hat, begrüßen wir und haben uns in zahlreichen Stakeholdergruppen zu Handlungsfeldern wie Elektrogeräten, Batterien oder Gebäuden intensiv eingebracht. In unseren Stellungnahmen, in Gesprächen mit Politikern und über die Medien fordern wir zuallererst ein Ziel zur Verringerung des Verbrauchs von Primärrohstoffen.

Immerhin enthält der NKWS-Entwurf ein solches Reduktionsziel zur Einsparung beispielsweise von Metallerzen, Holz, Erdöl oder Sand von heute 15 Tonnen pro Kopf und Jahr auf acht Tonnen im Jahr 2045. Doch das allein reicht nicht. Die Strategie muss auch beantworten, wie die Wirtschaft zu weniger Rohstoffverbrauch kommt.

Deshalb machen wir uns für konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung der NKWS stark. Wir kämpfen für die Förderung von Mehrweg, eine Abgabe auf Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen sowie auf Einweggeschirr. Wir wollen Ökodesignanforderungen für ganze Produktgruppen, Wiederverwendungsquoten und einen von den Herstellern finanzierten Reparaturbonus implementieren. Vermeidung, Langlebigkeit, Wiederverwendung und Reparatur müssen zum neuen Normal werden.

Eine NKWS ist längst überfällig. Sie muss die oberste Richtschnur der deutschen Wirtschafts- und Rohstoffpolitik sein. Denn weltweit ist der Verbrauch an Ressourcen in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. 2050 könnte er 186 Milliarden Tonnen ausmachen und die Belastungsgrenzen des Planeten sprengen.

Auch bei Schnee
und Eis sind Otter
aktiv, sie halten keine
Winterruhe.



Stadt, Land, Fluss und der Fischotter

Dank ihrer Teilneh-
menden unterstützt
die Deutsche Postcode
Lotterie das Projekt
„Westausbreitung für
den Fischotter“.

Das Projekt
„Deutschland wieder
Otterland“ wird
gefördert im Bundes-
programm Biologische
Vielfalt durch das Bun-
desamt für Naturschutz
mit Mitteln des Bun-
desministeriums für
Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und
Verbraucherschutz.

Das Projekt
„Wohnraumbinitiative
für den Fischotter“ wird
gefördert von der
Stiftung Naturschutz
Berlin aus Mitteln der
Jagdabgabe.

Dass die seltene Art sich hierzulande wieder ausbreitet, ist ein Erfolg zahlreicher Flussrenaturierungen. Nun gilt es, den wandernden Fischottern sichere Wege entlang von Flüssen zu schaffen. Gute Konzepte, die Klimawandeleffekte und auch die Gefahrenstellen in städtischen Räumen berücksichtigen, sind gefragt.

Neu Gehölzpflanzungen, umgebaute Sohlschwellen, Kiesbänke und eingebrachtes Totholz laden den Fischotter an bislang unbesiedelte Gewässer ein. Im Projekt „Westausbreitung für den Fischotter“ bringen wir den Gewässerschutz voran und binden dabei Ehrenamtliche ein. Im Sandbach in der Hildener Heide in NRW, an der Wierau in Niedersachsen und an der Saale in Sachsen-Anhalt haben wir solche gewässerökologischen Maßnahmen umgesetzt. Sie stärken den Biotopverbund und helfen der gesamten Tier- und Pflanzenwelt am Gewässer. Mit zahlreichen Fachveranstaltungen, Umweltbildungsangeboten und unserer Pressearbeit haben wir Ehrenamtliche, Fachleute, Multiplikatoren, Schulklassen und die breite Öffentlichkeit erreicht.

Zudem haben wir gemeinsam mit einer Fischotterexpertin Empfehlungen für eine Risikoanalyse erarbeitet, damit die Abwehr klimabedingter Gefahren proaktiv in Fischotterschutzkonzepten integriert werden

kann. Auf die Erfahrungen und Daten aus dem Westausbreitungsprojekt bauen wir auf. Sie fließen in das Verbundprojekt „Deutschland wieder Otterland“ ein, das wir mit Partnern in neun Bundesländern umsetzen.

Sogar an die mit Beton befestigten Ufer der Spree in der Berliner Innenstadt zieht es die scheuen Wassermarder. Da wandernde Jungtiere auf der Suche nach einem eigenen Territorium an allen großen Flüssen Deutschlands Städte vorfinden, muss der Fischotterschutz im urbanen Raum künftig eine wichtige Rolle spielen. Deshalb analysieren wir im Projekt „Wohnraumbinitiative für den Fischotter“ die Lebensraumqualität der Berliner Flüsse und formulieren Handlungsempfehlungen für die Behörden.

In Gesprächen mit Akteuren vor Ort und in den Medien haben wir uns gegen den Abschluss von Fischottern an Bayerns Teichen eingesetzt und Alternativen aufgezeigt. Mehr als 100.000 Menschen haben unseren Protest vervielfacht. Vielen Dank für Ihre Stimmen!

Rechtliche Schritte gegen Fleischgiganten

Brasilien hat 2024 die schlimmsten Brände seit Jahrzehnten erlebt. Die Schuld an der Katastrophe tragen der Klimawandel und die Gier der Agrarindustrie. Besonders betroffen ist der Cerrado, die größte Savanne der Welt, die bereits zur Hälfte zerstört und in Soja- sowie Eukalyptusplantagen umgewandelt wurde. Dieses riesige Ökosystem braucht dringend unseren Schutz; es ist von weltweiter Bedeutung für das Klima und die Biodiversität.

Das proteinreiche Soja dient der Massentierhaltung in China und Europa als Viehfutter. Seit 2022 unterstützt das Team der DUH gemeinsam mit brasilianischen NGOs die Dorfgemeinschaften im Cerrado bei der Verteidigung ihrer Lebensgrundlagen. Ein zentrales Werkzeug ist das Lieferkettengesetz von 2023, das es ermöglicht, Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen, die bei ihren Geschäften Menschenrechts- und Umweltverstöße in Kauf nehmen.

Wir haben schwerwiegende Hinweise gesammelt, dass die deutschen Fleischgiganten Tönnies, Westfleisch und Rothkötter Soja aus umweltschädlicher Produktion beziehen. Da die Sojalieferkette notorisch intransparent ist, fehlt den Unternehmen oft die Möglichkeit, ihrer Verantwortung für ihre Lieferkette und deren Rohstoffe nachzukommen. Doch nur mit Eiweißfuttermitteln aus Übersee sind die gewaltigen Mengen an Nutztieren in Deutschlands

Mastanlagen machbar. Die langfristige Lösung: flächengebundene Tierhaltung – nur so viele Nutztiere halten, wie mit heimischem Futter auch ernährt werden können.

Unser neuester Bericht „Soy Story“ erklärt diese Zusammenhänge. Wir werden gemeinsam mit unseren Partner-NGOs Mighty Earth und Client Earth rechtliche Schritte gegen Tönnies und Westfleisch einleiten, um die Verantwortung im Sinne des Lieferkettengesetzes durchzusetzen. Der Schutz von Mensch, Natur und Klima muss oberste Priorität haben.



Im brasilianischen Cerrado werden immer wieder Brände gelegt.



» Bei schmutzigem Soja darf die Branche nicht länger wegschauen, insbesondere angesichts der zahlreichen Berichte, auch der DUH, über Gewalt, Vertreibung und Landrechtskonflikte im brasilianischen Cerrado. «

Peer Cyriacks,
Stellvertretender Leiter
Naturschutz

Faire Preise

Während die Inflation bei Lebensmittelpreisen zeitweise hochschnellte, landete nur wenig davon bei den Bäuerinnen und Bauern. Zahlreiche Biobetriebe gaben die Milcherzeugung auf, Apfelpreise deckten nicht einmal den Mindestlohn der Pflückenden und der Umbau der Tierhaltung stockt, weil Bauernhöfe bisher einfach nicht die Macht haben, steigende Kosten an Industrie und Handel weiterzugeben.

Daher haben wir 2023 die Initiative Faire Preise in der Lebensmittelkette (INIFAIR) gegründet, ein deutschlandweites Netzwerk aus fortschrittlichen Bauernverbänden, Verbraucher-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie Fair-Handels-Akteuren. Erfolgreich kämpfen wir für das Recht, für steigende Standards auch steigende Erzeugerpreise durchzusetzen. Als Sachver-

ständige im Agrarausschuss des Bundestages, bei der EU-Evaluation durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und in TV-Berichten treten die DUH und INIFAIR gegen den Machtmissbrauch der Supermärkte und Nahrungsmittelkonzerne ein.

So konnten wir greifbare Fortschritte im Gesetz erwirken: Supermärkte dürfen frisches Obst oder Gemüse nicht länger auf Kosten der Lieferanten retour senden oder Lagerkosten auf sie abwälzen. Das hilft auch, Lebensmittelabfälle zu reduzieren, weil Supermärkte jetzt selbst die Kosten zu viel bestellter Ware tragen müssen. Ursula von der Leyen versprach in ihrer Antrittsrede: „Niemand sollte gezwungen sein, gute Lebensmittel unter Produktionskosten zu verkaufen.“ Wir nehmen sie beim Wort!

Eine der von der DUH durchgesetzten effektiven Maßnahmen zur Luftreinhaltung ist das Fahrverbot für besonders schmutzige Diesel-Fahrzeuge in Städten, die den Grenzwert für Stickstoffdioxid nicht einhalten.



Saubere Luft – ein Jahr der Fortschritte



» Die diesjährigen Erfolge bestätigen unsere Arbeit: Es braucht mehr Maßnahmen zur Minderung von gesundheitsschädlichen Schadstoffen in unserer Atemluft. Deshalb werden wir das Recht auf saubere Luft weiter verteidigen und durchsetzen. «

Anna-Lena Franke,
Senior Expert EU Politik

Im Jahr 2024 haben wir wichtige Erfolge für die Saubere Luft erzielt. Wir machen weiter Druck, um die notwendigen Maßnahmen für bessere Luftqualität durchzusetzen – auch auf dem Klageweg.

Im März haben wir erneut ein Verfahren für Saubere Luft in München gewonnen, nachdem die Stadt einseitig den 2022 geschlossenen Vergleich mit uns aufgekündigt und die zur überfälligen Grenzwerteinhaltung für das Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NO₂) notwendigen Fahrverbote für dreckige Diesel ausgesetzt hatte. Das Bayerische Verwaltungsgericht erklärte dies für rechtswidrig und verurteilte die Stadt, die Dieselfahrverbote wieder einzusetzen. Der Stadtrat ignorierte jedoch das Urteil und hat stattdessen Tempo 30 vor der Messstation angeordnet. Erst mit dem letztinstanzlichen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im November lenkte die Stadt ein und machte den Weg frei für Fahrverbote ab 2025. Das Resultat: Frühestens 2025 wird der NO₂-Grenzwert eingehalten werden. Die DUH bleibt dran, bis das Urteil vollstreckt ist.

Auch auf Bundesebene waren wir erfolgreich. Im Juli haben wir unsere Klage für ein wirksames Nationales Luftreinhalteprogramm (NLRP) gegen die Bundesregierung gewonnen. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigte unsere Auffassung, dass die Maßnahmen im NLRP nicht ausreichen, um die Reduktionsziele für Luftschadstoffe bis 2025 und 2030 zu erreichen. Zudem wurde die Regierung für Prognose-

fehler wie Berücksichtigung bereits abgesagter oder abgeschwächter Maßnahmen gerügt. Wir kämpfen dafür, dass die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung der Vorgaben für gesundheitsschädliche Luftschadstoffe sofort umgesetzt werden.

Auf EU-Ebene beteiligen wir uns am Bewertungsprozess der Richtlinie über nationale Emissionshöchst-mengen von Luftschadstoffen, um eine Verschärfung der Vorgaben zu erzielen. Den Überarbeitungsprozess der EU-Luftqualitätsrichtlinie haben wir intensiv begleitet. Im Oktober 2024 wurde die Richtlinie mit stärkeren Schutzvorgaben ab 2030 verabschiedet. Der Grenzwert für NO₂ wird um die Hälfte auf 20 Mikrogramm pro Kubikmeter und für Feinstaub (PM_{2,5}) von 25 auf zehn Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresmittel gesenkt. Das sind gute Aussichten für bessere Luft in Deutschland und Europa! Nun sorgen wir dafür, dass die Bundesregierung die neuen EU-Grenzwerte ambitioniert im Bundesimmissionsschutzgesetz verankert, damit diese bereits ab 2028 in Deutschland eingehalten werden. Zudem treten wir dafür ein, dass die noch strengeren, von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwerte spätestens bis 2035 bundesweit gelten.

Methanfrei fürs Klima!

Methan ist für rund ein Drittel der bisherigen globalen menschengemachten Erderwärmung verantwortlich. Das Gas wirkt über einen Zeitraum von zwanzig Jahren mehr als achtzigmal stärker als Kohlendioxid. Laut jüngstem Report des Weltklimarats IPCC müssen die globalen Methanemissionen bis 2030 um 34 Prozent unter das Niveau von 2019 gesenkt werden, um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und irreversible Kippunkte im Klimasystem zu verhindern.

Mehr als die Hälfte der weltweiten Methanemissionen wird vom Menschen verursacht. Sie stammen aus der Tierhaltung, dem Abfall- und dem Energiesektor. Deutschland hat sich im sogenannten Global Methane Pledge (GMP) verpflichtet, die Methanemissionen bis 2030 um mindestens 30 Prozent zu reduzieren. Aufgrund seiner kurzen atmosphärischen Lebensdauer von nur rund zwölf Jahren ist die Minderung von Methanemissionen besonders wichtig, um das Risiko irreversibler Kippunkte zu verringern. Angesichts der weiterhin steigenden Methankonzentration in der Atmosphäre sind rasche und gezielte Maßnahmen dringend erforderlich. Die Reduzierung von Methan verringert auch gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden, da Methan als Vorläufersubstanz für schädliches bodennahes Ozon wirkt, Ernten schädigt und Gesundheitsschäden verursacht.

Mitte November fand der 29. Weltklimagipfel in Baku statt. Wir waren vor Ort: Im Deutschen Pavillon diskutierten wir unter anderem mit politischen Vertretern aus Deutschland, Nigeria und Südkorea, wie ein

geeigneter Weg zur Umsetzung des GMP aussehen kann. Bei einer von der UN ausgerichteten Veranstaltung haben wir uns mit der Methane Matters Coalition zu Wort gemeldet. Die Methane Matters Coalition ist ein von der DUH koordiniertes Bündnis europäischer NGOs. Gemeinsam sind wir aktiv, um die Methanreduktion als einen der wichtigsten Hebel zur Bewältigung der Klimakrise auf die politische Agenda zu setzen.

Wir fordern eine nationale Methanminderungsstrategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen zur Umsetzung, die alle relevanten Sektoren einbindet. Deutschland, das im Rahmen des GMP als „Global Methane Champion“ ausgezeichnet wurde, muss hier vorangehen. Diese Anstrengungen müssen sofort beginnen, damit die Vorgaben des GMP bis 2030 annähernd eingehalten werden.

Um auf das große Problem, aber auch auf das große Potenzial in Deutschland hinzuweisen, hat das Emissions-Kontroll-Institut der DUH eine Messkampagne gestartet, um Leckagen an potenziellen Methanquellen in der Landwirtschaft aufzudecken. Erste Messergebnisse zeigen, dass kontinuierlich signifikante Mengen Methan aus Biogasanlagen unkontrolliert in die Atmosphäre entweichen. Ein umfassendes Monitoring aller relevanten Quellen und Sofortmaßnahmen gegen Leckagen müssen in eine nationale Methanstrategie der Bundesregierung einfließen. Die Umsetzung der EU-Methan-Verordnung in nationales Recht muss über die EU-Vorgaben hinausgehen, da Biogasanlagen hier bislang nicht berücksichtigt werden.



» Um internationale Verpflichtungen zur Methanminderung einzuhalten, müssen wir jetzt und gemeinsam handeln. Alle Sektoren müssen zur Minderung beitragen. «

Jens Hürdler,
Senior Expert für landwirtschaftliche Emissionen

Förderer:
Global Methane Hub



Durch Biogasanlagen wird Methan aufgefangen, das bei offener Lagerung der Reststoffe in die Atmosphäre entweichen würde. Unkontrollierte Methanverluste müssen verhindert werden.



Zum 29. Mal verlieh die DUH den UmweltMedienpreis. Auf der Preisverleihungsgala Mitte Oktober nahmen ihn die Medienschaffenden – hier gemeinsam mit ihren Laudatoren – im Berliner Meistersaal entgegen.

Roter Teppich für grüne Themen

Extremwetterereignisse häufen sich, das Artensterben schreitet voran, die Umweltprobleme nehmen zu. Trotzdem standen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz in diesem Jahr oft im Schatten politischer Machtkämpfe und Scheindebatten. Umso wichtiger ist die Anerkennung für Medienschaffende, die diese Themen dennoch wirkungsvoll in eine breite Öffentlichkeit tragen. Für ihre herausragenden Leistungen zeichnete die Deutsche Umwelthilfe acht Preisträgerinnen und Preisträger mit dem UmweltMedienpreis aus.

Sie stellen unbequeme Fragen, nehmen Missstände in den Fokus, regen zum Nachdenken an, bewegen Menschen und sind vor allem eins: lösungsorientiert. „Die mit dem UmweltMedienpreis Ausgezeichneten schaffen Aufmerksamkeit für die Dringlichkeit der Probleme und die Fragilität unseres Planeten, zeigen Handlungsmöglichkeiten auf und motivieren mit viel Engagement und klaren Botschaften zum sorgsamem Umgang mit Umwelt und Ressourcen“, betonte Margit Mönnecke, Bundesvorsitzende der DUH, die die Preisträgerinnen und Preisträger, ihre Laudatorinnen und Laudatoren sowie die 220 Gäste im Berliner Meistersaal willkommen hieß.

In der Kategorie Text zeichnete die Jury die Journalistin und Politikwissenschaftlerin **Ute Scheub** und den Geografen **Stefan Schwarzer** aus. In ihrem Buch „Aufbäumen gegen die Dürre – Wie uns die Natur helfen kann, den Wassernotstand zu beenden“ rücken sie anschaulich eine zentrale



Die Laudatio auf Dr. Ute Scheub (li) und Stefan Schwarzer (re) hielt die Kabarettistin und Schauspielerin Maïke Kühn (Mitte).

und immer noch zu wenig beachtete Handlungsoption gegen die Klimakrise und ihre Folgen in den Fokus: Klimalandschaften. Ihr Buch ist eine Musteranleitung für dringend notwendige Klimaanpassungskonzepte.

Der Preis in der Kategorie Audio ging an das Redaktionsteam **Sandra Pfister**, **Jule Reimer** und **Georg Ehring**. Seit vielen Jahren ist die Hörfunksendung „Umwelt und Verbraucher“ im Deutschlandfunk die tägliche Informationsquelle im deutschen Radio für Umwelt- und Verbraucherschutzthemen. In ihren gründlich recherchierten Beiträgen greifen sie aktuelle politische Entwicklungen auf und geben Tipps mit praktischem Nutzen für den Alltag. Ein Ausnahmeformat, das den umweltbezogenen Verbraucherschutz ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt.

Der Autor, Regisseur und Produzent **Michael Höft** wurde in der Kategorie Video ausgezeichnet. Seine packende Dokumentation „LNG um jeden Preis – Wie schmutz-

zig ist das US-Gas?“ zeigt, wie in den USA ganze Landstriche und Gesellschaften für unseren Hunger nach Flüssigerdgas zerstört werden. Dafür hat der Filmemacher vor Ort mit Verantwortlichen, Aktivisten und von Fracking Betroffenen gesprochen. Zudem fragt er nach Alternativen für unsere Energieversorgung. Während an deutschen Küsten immer neue fossile Infrastruktur gebaut wird, könnte das Thema aktueller nicht sein.

Zum siebten Mal hat die Jury dieses Jahr einen Publikumspreis ausgelobt: Tausende hatten in einer vierwöchigen Online-Abstimmung aus drei Nominierten ihren Favoriten gewählt. Gewonnen hat der selbsternannte „plantfluencer“ **Robinga Schnögelrögel**, der als Content Creator auf seinem Instagram-Kanal unterhaltsam und kompetent über die Pflanzen- und Tierwelt aufklärt. Er thematisiert unterschiedlichste heimische Arten, deren Eigenheiten, Bedürfnisse und Wechselbeziehungen sowie die Auswirkungen der Klimakrise und die Empfindlichkeit von Ökosystemen. Nominiert waren auch Marisa Becker als Content Creatorin „mysustainable“ sowie Ann-Sophie Henne, Anika Le Large und Robin Jüngling mit ihrem Instagram-Kanal „nachhaltig.kritisch“.

Als abschließendes Highlight des Abends wurde die renommierte Journalistin, Moderatorin und vielfache Buchautorin **Christiane Grefe** für ihr Lebenswerk geehrt. Matthias Walter, Mitglied der DUH-Bundesgeschäftsleitung, der virtuos durch den Abend führte und das Publikum in das Schaffen aller Preisträgerinnen und -träger eintauchen ließ, rollte zu Ehren ihrer beeindruckenden Lebensleistung eigenhändig den Roten Teppich auf der Bühne aus. Seit Jahrzehnten steht Christiane Grefe für tiefgründigen Klima- und Umweltjournalismus. Die deutsche Medienlandschaft in diesem Bereich hat sie maßgeblich mitgeprägt, unter anderem 25 Jahre lang als Reporterin der ZEIT. Sie trägt dazu bei, dass Nachhaltigkeitsthemen in der Öffentlichkeit präsent sind und fördert die Diskussion um die Zukunft unserer Wirtschafts- und Lebensweise angesichts von Klimawandel und schwindenden Ressourcen.



Sandra Pfister (re), Jule Reimer (Mitte) und Georg Ehring (li) wurden in der Kategorie Audio ausgezeichnet. Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin und Professorin für Energieökonomie und Energiepolitik an der Leuphana Universität – selbst UmweltMedienpreisträgerin 2022 – laudatierte per Videobotschaft.



Karsten Schneider (li), Bürgermeister der vom Ausbau der LNG-Infrastruktur betroffenen Gemeinde Ostseebad Binz auf Rügen, hielt die Laudatio auf Michael Höft (re). Prof. Dr. Margit Mönnecke (Mitte), Vorsitzende des DUH-Bundesvorstandes, überreichte den Preis.

Prof. Dr. Margit Mönnecke (li) und Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz (re), die die Nominierten für den Publikumspreis vorgestellt hatte, gratulierten dem Gewinner Robinga Schnögelrögel.



Dieter Kosslick (re), Leiter Green Visions Potsdam Filmfestival und ehemals Direktor der Berlinale, würdigte das Lebenswerk von Christiane Grefe (li), Matthias Walter (Mitte) rollte den Roten Teppich für die Preisträgerin aus.



Herzlichen Glückwunsch an alle hochverdienten Preisträgerinnen und Preisträger!

Schädliche Subventionen

Viele der Subventionen, Steuervergünstigungen und Finanzhilfen von Bundesregierung und EU verursachen massive Umwelt- und Klimaschäden. Durch den Abbau dieser Subventionen würden Gelder frei, um dringend notwendige und sozial verträgliche Maßnahmen im Umwelt- und Klimaschutz voranzubringen.

Subventionen und ihre Klimafolgen

Klimaschädliche Subventionen (und Steuererleichterungen) haben pro Jahr (Stand: 2020) ein Finanzvolumen von **35,8 Mrd. €/Jahr**. Sie verursachen im Zeitraum 2023 bis 2030 ca. **156 Mio. t CO₂-Emissionen**.

- Verkehr: 24,8 Mrd. €
- Landwirtschaft: 4,7 Mrd. €
- Energie: 2,1 Mrd. €
- Industrie: 4,1 Mrd. €



Zum Vergleich: 2023 wurden ca. **674 Mio. t CO₂-Äquivalente** ausgestoßen.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2024

Dieselprivileg schwächt ökonomische Anreize zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs

Die steuerliche Begünstigung von Dieseldieselkraftstoff gegenüber Benzin liegt bei 18,41 ct/l.

- Steuerausfall (in 2020): **9,6 Mrd. €***
- verursachte Emissionen geschätzt: **mehr als 3 Mio. t CO₂ (in 2030)***
- Prognostizierte Emissionen von 2023 bis 2030: **25,7 Mio. t CO₂***

Im Vergleich zu Benzin verursacht Dieseldieselkraftstoff **13 % höhere CO₂-Emissionen** sowie mehr Feinstaub- (ohne Partikelfilter) und Stickstoffemissionen.**



Quellen: * Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2024; **Umweltbundesamt 2021

Entfernungspauschale setzt Fehlanreize



- Sie verringert das zu versteuernde Einkommen von Arbeitnehmern. Dem Staat entgehen **5 - 6 Mrd. €/Jahr**. * Mit 3 Mrd. € könnte der Bund **12.000 km Radweg** bauen***.
- Mit einer Reform könnten je nach Ausgestaltung zwischen **0,5 und 4,7 Mio. t CO₂ pro Jahr** eingespart werden.**

Quellen: *Umweltbundesamt 2022; **Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. 2023; *** baulich getrennter Radweg außerorts, Bundesministerium für Digitales und Verkehr 2019.

Wie viel Steuergeld kostet das Dienstwagenprivileg?

Die private Nutzung eines Verbrenner-Dienstwagens wird pauschal besteuert mit **1 %** des Bruttolistenpreises/Monat – ein Kostenvorteil gegenüber Personen mit privatem PKW. Pro Jahr ergeben sich Steuermindererinnahmen durch:



Pauschalbesteuerung:	über 6,9 Mrd. €
Vorsteuerabzug:	über 2,8 Mrd. €
Steuerliche Absetzbarkeit von Tankkarten:	über 3,9 Mrd. €
Steuermindererinnahmen gesamt:	ca. 13,7 Mrd. €

Quelle: Transport & Environment 2024

Gewerbliche Pkw – mehr CO₂

80 % der CO₂-Emissionen von Neuzulassungen lassen sich auf gewerbliche Fahrzeuge zurückführen, obwohl sie nur etwa zwei Drittel der Neuzulassungen ausmachen.

Anteil an Elektroautos bei Neuzulassungen:

- gewerblich: **16 %**
- privat: **26 %**

Quelle: Transport & Environment 2024

Finanzmittel für klimafreundliche Mobilität für alle

- Allein mit der Abschaffung von Diesel- und Dienstwagenprivileg könnten fast **34 Mio. t CO₂** bis 2030 eingespart und jährlich mehr als **15 Mrd. €** zusätzlich eingenommen werden.*
- Mit einer Reform der Dienstwagenbesteuerung könnten je nach Ausgestaltung zwischen **1,9 und 5,8 Mio. t CO₂ pro Jahr** gespart werden.**
- Zum Vergleich: Das **Deutschlandticket** kostet den Bund jährlich **1,5 Mrd. €**, Verbrenner-Dienstwagen kosten ihn den **9-fachen** Betrag. Während 11 Mio. Menschen vom Deutschlandticket profitieren, sind es bei der Dienstwagen-Steuererleichterung etwa 3,5 Mio. Fahrzeuge*.

Quelle: *Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2024, **Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. 2023,

Agrokraftstoff

Der pflanzenbasierte Agrokraftstoff aus Raps, Weizen, Soja & Co. wird fossilem Benzin oder Diesel beigemischt. So entstehen die Kraftstoffe mit den Kürzeln E5, E10, E20 oder B7 und B10.

- Zur Herstellung von **1 MJ Agroethanol** werden **1,1 MJ fossile Rohstoffe** eingesetzt.*
- Staatliche Förderung von Agrokraftstoff: knapp **1 Mrd. €** in 2018.**
- Deutschland kippt jeden Tag Weizen für **1,8 Mio. Brote** in Autotanks.***
- Ein Beimischungstopp von Agrokraftstoffen könnte den Pestizideinsatz für den deutschen Konsum um etwa **24 %** senken.*



Quellen: *JFEU-Studie 2024 im Auftrag der DUH; **Umweltbundesamt 2021; ***DUH-Berechnungen 2023

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU

Über **30 %** der landwirtschaftlichen Einkommen in Deutschland kommen aus staatlichen Subventionen.*

- Von 2021 – 2027 gibt die EU **378,5 Mrd. €** – **31 %** ihres Haushalts – für die GAP aus. Der EU-Rechnungshof wies darauf hin, dass die GAP Klima- und Umweltziele und auch das Ökolandbauziel für 25 % Flächenanteil konterkariert.**
- EU-Subventionen sind in der Landwirtschaft meist an die Fläche gekoppelt, nicht an Tierwohl oder ökologische Standards. **6 Mrd. €** fließen an die Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen in Deutschland. Rund **50 %** von ihnen müssen das Geld als Pacht weitergeben an die Grundbesitzenden.***



Quellen: *Thünen-Institut 2024, **EU, 2024; ***EU 2021

EU-Plastiksteuer

- Für nicht-recycelte Kunststoffverpackungen von über **1,7 Mio. t/Jahr** zahlte Deutschland 2023 gut **1,4 Mrd. €/Jahr** Plastiksteuer an die EU. Pro-Kopf-Belastung der Steuerzahler: rund **31 €/Jahr**.*
- Kunststoffneuware ist im Einkauf circa **20 - 30 %** günstiger als ein Rezyklat von vergleichbarer Qualität.**



Die DUH fordert deshalb die Umlage der EU-Plastiksteuer auf die verursachenden Unternehmen. Um Rezyklate attraktiver zu machen, muss die steuerliche Subventionierung der nicht-energetischen Nutzung von Rohbenzin aufgehoben und dessen Verwendung zur Herstellung von Kunststoffneuware besteuert werden.

Quellen: *Europäische Kommission 2024; **Röchling Stiftung & Wider Sense 2020

Öffentliche Mittel für LNG-Projekte vs. Gaseinspeisung

Die aktuell prognostizierten Kosten können weiter steigen, da nicht alle Baumaßnahmen abgeschlossen sind. Hinzu kommen die Beschaffungskosten für LNG.



Standort	Betriebsbeginn	Voraussichtliche Standortkosten	Gestellte Bundesgarantien	Gaseinspeisung
Mukran	24.02.2024	0,865 Mrd. €	1,878 Mrd. €	1,3 Mrd. m ³ *
Brunsbüttel	22.03.2023	1,907 Mrd. €	1,02 Mrd. €	3,1 Mrd. m ³
Wilhelmshaven 1	21.12.2022	1,809 Mrd. €	0,9 Mrd. €	7,8 Mrd. m ³
Wilhelmshaven 2	Noch nicht in Betrieb	1,112 Mrd. €	0,9 Mrd. €	-
Stade	Noch nicht in Betrieb	1,214 Mrd. €	4 Mrd. €	-

Die Kosten für den LNG-Ausbau stehen in keinem Verhältnis zu den eingespeisten Gasmengen.

- Eine Gaskrise ist längst abgewendet.
- Die DUH hat beim Bundesrechnungshof Beschwerde wegen nicht zielgerichteter und ineffizienter Mittelverwendung beim LNG-Projekt auf Rügen eingelegt.
- Die DUH fordert von der Politik
 - eine Absage des LNG-Projekts auf Rügen
 - die sofortige Beendigung des LNG-Ausbaus
 - eine Überprüfung aller Projekte

*Die Angaben in m³ beziehen sich auf die LNG-Einspeisung seit Inbetriebnahme der Terminals bis 30.09.2024. *
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2024; *Aggregated LNG System Inventory 2024

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben auf Deutschland.

Finanzen – unabhängig und transparent

Die Deutsche Umwelthilfe konnte 2023 die positive Entwicklung in der Projektarbeit und im Finanzergebnis fortführen. Es ist gelungen, unsere Aktivitäten kontinuierlich zu stärken und die damit verbundene Unabhängigkeit weiter zu festigen.

Im Jahr 2023 hatten wir einen ausgeglichenen Haushalt. Das DZI-Spenden-Siegel prüft regelmäßig die Einhaltung seiner Standards und unseren verantwortungsgerechten Umgang mit Geld. Wir haben uns außerdem verpflichtet, die Finanzen der DUH und ihre rechtlichen Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft offenzulegen. Da wir, wie jedes Jahr, den Jahresbericht im Dezember des laufenden Jahres veröffentlichen, finden Sie hier die Haushaltszahlen des Jahres 2023.

Einnahmen

Gegenüber dem Vorjahr wuchs das Haushaltsvolumen um 3,8 Millionen Euro auf nun 20,3 Millionen Euro. Diese erfreuliche Steigerung wird durch die positive Entwicklung der verschiedenen Einnahmequellen der DUH ermöglicht.

Spenden und Fördermittel sind nach wie vor die bedeutendste Einnahmeposition. Vor allem Privatpersonen und Stiftungen, aber auch Projektunterstützungen von der Europäischen Union, des Bundes sowie mehrerer Landesregierungen helfen uns, unsere Ziele zu erreichen.

Mit einem weiteren Wachstum der Unterstützungen durch Privatpersonen in Form von Spenden oder Mitgliedsbeiträgen auf eine Gesamtsumme in Höhe von 8,5 Millionen Euro wächst die Bedeutung dieser Einnahmen-Kategorie. Aber auch die anderen Arten der Unterstützung, in Form von Zuschüssen und Spenden von Institutionen, leisten mit 8,6 Millionen Euro einen großen Beitrag zur Stärkung unserer Finanzkraft. Davon entfallen 2,6 Millionen Euro auf öffentliche Zuschüsse. Unternehmen haben uns mit zirka 523.000 Euro unterstützt.

Die Einnahmen aus der Ökologischen Verbraucherberatung und Marktüberwachung betragen zirka 2,7 Millionen Euro. Wie in den Vorjahren haben wir diese Einnahmen für die Finanzierung der Marktüberwachung sowie der verbraucherbezogenen Aktivitäten verwendet.

Mit der breit angelegten Einnahmenstruktur konnten wir unsere Unabhängigkeit weiter stärken und die Grundlage unserer Aktivitäten festigen. Unsere Förderer und Unterstützer ermöglichen so unsere aktive Rolle im Natur- und Klimaschutz.

Um ein hohes Maß an Transparenz über die Herkunft unserer Mittel herzustellen, nennen wir in unserem Jahresbericht Institutionen, die mit ihren Zuwendungen wesentlich zum Haushalt der DUH beigetragen haben. Das waren im Jahr 2023:

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)
- Thüringer Ministerium für Energie und Naturschutz (TMUEN)
- Europäische Kommission
- European Climate Foundation
- Deutsche Postcode Lotterie
- Rockefeller Philanthropy Advisors
- Plastic Solution Fund

Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit.

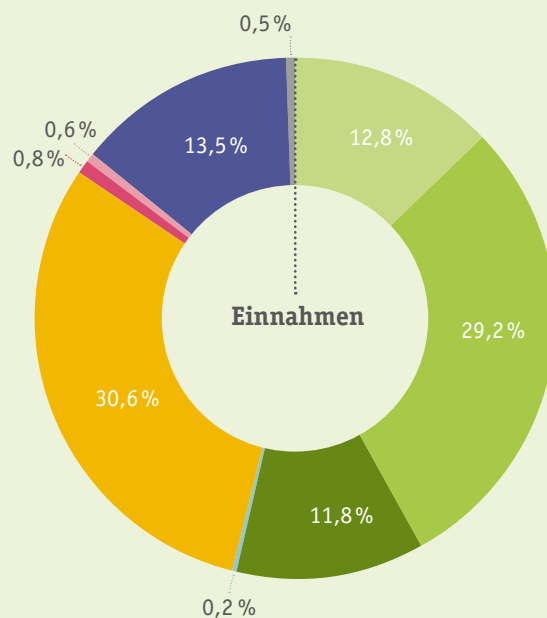
Ausgaben – Verwendung für Projekte

Ähnlich wie im Vorjahr entfielen 76 Prozent der Ausgaben auf unsere Projekte. Den größten Teil der Projektarbeit leisten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst und nur ein kleinerer Teil unserer Mittel wurde an Partnerorganisationen in Form von Projektförderungen weitergegeben. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei elf Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei 8,4 Prozent. Mehr als die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Mit dem Jahresüberschuss von 261.749 Euro stärken wir weiter unsere Rücklagen.

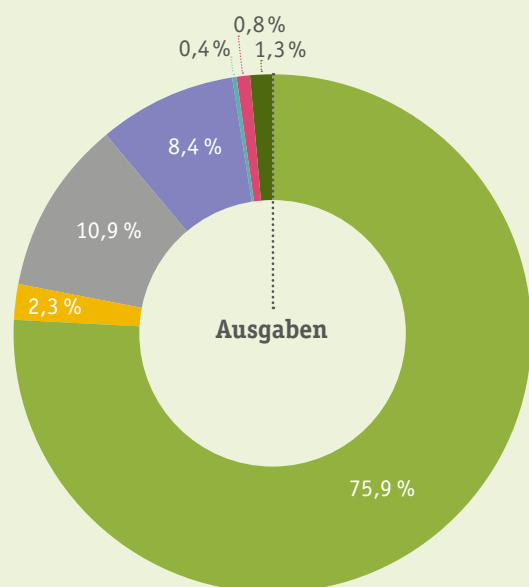
(Fortsetzung S. 30)

Einnahmen und Ausgaben 2023*

Einnahmen (gerundet)	2023 in €	2022 in €
Mitgliedsbeiträge	2.582.651	2.143.678
Privatspenden	5.921.905	4.234.724
Spenden von Institutionen / Unternehmen	2.397.772	1.442.846
Sponsorings	46.250	65.000
Projektzuschüsse	6.198.506	5.131.629
Zuweisungen von Geldauflagen (Bußgelder)	150.630	64.215
Zins- und Vermögenserträge	120.675	21.012
Erträge Ökologische Marktüberwachung	2.733.956	3.123.317
Sonstige Erträge	108.303	228.045
Beauftragte Projekte	1.028	22.700
Summe Einnahmen	20.261.676	16.477.166



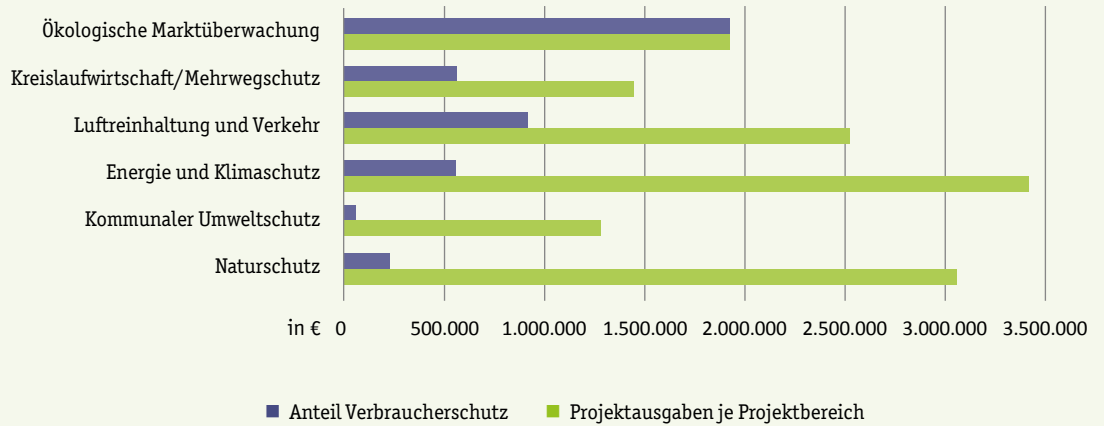
Ausgaben (gerundet)	2023 in €	2022 in €
Projektaufwand (Projektförderung und -begleitung)	15.387.751	12.651.826
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit	457.063	312.559
Allgemeine Geschäftskosten (Allgemeine Verwaltung)	2.200.055	1.759.033
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	1.695.310	1.397.994
Sonstige Aufwendungen	90.957	99.233
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	875	3.219
Abschreibungen	167.916	97.438
Jahresüberschuss	261.749	155.864
Summe Ausgaben	20.261.676	16.477.166



*Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht werden.

Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz (Seite 30) sind gerundet ohne Nachkommastellen angegeben.

Verbraucherschutz in den DUH-Projekten



Die Grafik verdeutlicht, wie hoch der Anteil der Verbraucherschutzaktivitäten an der gesamten Projektarbeit unseres Verbandes ist.

Verbraucherschutz in der Projektarbeit

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation spielen in unserer Projektarbeit eine herausragende Rolle. Denn Natur- und Umweltschutz kann nicht ohne den Menschen als Verbraucher gedacht werden und umgekehrt. Die Deutsche Umwelthilfe ist ein Umwelt- und Naturschutzverband und zugleich ein anerkannter, klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Das Bundesamt für Justiz prüft in regelmäßigen Abständen, ob die DUH weiterhin die Vorgaben erfüllt, um als klageberechtigter Verband auch vor Gericht die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vertreten. Das schafft die Voraussetzung für die DUH, Unterneh-

men daraufhin zu kontrollieren, ob sie umweltbezogene Verbraucherschutzgesetze und Verordnungen zum Beispiel zu den Abgasemissionen von Fahrzeugen, CO₂-Ausstoß oder Energieverbrauch korrekt umsetzen. Verstöße gegen diese für den Klimaschutz wichtigen Verbraucherschutzvorschriften verfolgt die DUH rechtlich. Den hohen Kosten für die Kontrolle, die Emissionsmessungen und notwendige Gutachten, die Rechtsverfahren der Ökologischen Marktüberwachung sowie für die Verbraucherberatung in allen Fachbereichen stehen Einnahmen aus den Abmahngebühren gegenüber. Dazu kommen Konventionalstrafen von Unternehmen, die zum wiederholten Male gegen die Vorschriften verstoßen haben.

Bilanz zum 31.12.2023

Aktiva	2023 in €	2022 in €	Passiva	2023 in €	2022 in €
Anlagevermögen	315.085	353.757	Eigenkapital	3.093.775	2.806.477
Umlaufvermögen	10.592.190	9.783.515	Rückstellungen	1.330.158	1.077.434
Aktive Rechnungsabgrenzung	65.391	45.607	Verbindlichkeiten	6.748.733	6.357.400
Sondervermögen	459.004	512.363	Sondervermögen	259.004	453.931
Summe	11.431.670	10.695.242		11.431.670	10.695.242

Etwa 31 Prozent unseres Projektaufwands gesamt entfällt auf Kosten für die Ökologische Marktüberwachung, für Verbraucherberatung sowie für die verbraucherbezogene Projektarbeit in allen Fachbereichen. (Siehe Grafik Seite 30 oben).

Mittelherkunft für künftige Projekte

Die Bilanzsumme ist erneut auf nun 11,4 Millionen Euro angestiegen. Darin enthalten sind (unter Verbindlichkeiten ausgewiesen) zirka 5,3 Millionen Euro zweckgebundene Mittel, die für die zukünftige Projektarbeit bereitstehen. Hinzu kommt das Sondervermögen des Venture and Nature Fund in Höhe von 259.004 Euro, welches die Umsetzung besonders zukunftssträchtiger Projekte ermöglicht. Mit den Einnahmen aus Erbschaften und dem moderaten Haushaltsüberschuss konnten wir erneut das Eigenkapital stärken und so die freien Rücklagen des Vereins ausbauen.

Jahresabschluss

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs für Kapitalgesellschaften. Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden danach im Haushalt erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht werden. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2023 geprüft.

Mitarbeitende und Standorte

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum Ende des Jahres 2024 insgesamt 197 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, außerdem 29 studentische Aushilfen. 158 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Berlin, 59 in der Geschäftsstelle Radolfzell, weitere drei in der Geschäftsstelle Hannover, fünf sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen. Wie bereits in den vergangenen Jahren ist auch in diesem Jahr wieder eine FÖJlerin in unserem Berliner Büro beschäftigt. Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. setzt sich aus dem Bundesvorstand, der fünfköpfigen Bundesgeschäftsführung, sechs inhaltlich arbeitenden Fachbereichen, dem Bereich Marketing und Fundraising, unserem Kommunikations- und Kampagnenteam und den Bereichen Finan-

zen und Verwaltung zusammen. 189 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden nach einem DUH-Gehaltstarif bezahlt, der mit der Vergütung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Da das Jahr 2024 noch nicht abgeschlossen ist, geben wir die Gehälter für das Jahr 2023 an. Das Durchschnittsgehalt (umgerechnet auf Vollzeit) der Leitungsebene lag bei 114.712 Euro. Unsere Mitarbeitenden mit besonderer fachlicher Qualifikation und Verantwortung, wie zum Beispiel unsere Fachreferentinnen und -referenten, Senior Expertinnen und Experten, verdienten durchschnittlich 60.195 Euro. Alle anderen tariflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie unsere Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter im Verwaltungsbereich und Projektassistenzen der Fachbereiche, hatten ein Durchschnittsgehalt von 48.643 Euro. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten eine betriebliche Altersvorsorge. 2023 erhielten die neun Mitglieder des Vorstands für ihre Aktivitäten eine Aufwandsentschädigung von zusammen zirka 35.000 Euro.

Transparenz und Datenschutz

Die Deutsche Umwelthilfe trägt seit einer Reihe von Jahren das DZI-Spendensiegel. Dieses Siegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern. Dazu lassen wir uns alljährlich an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen. Zusätzlich bekennt sich die Deutsche Umwelthilfe zu den ethischen Richtlinien für das gemeinnützige Erbe und ist damit Trägerin des Erbschaftssiegels. Bereits im Jahr 2017 ist die DUH der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir stellen seitdem auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereit. Seit Anfang 2022 sind wir – entsprechend den gesetzlichen Vorgaben – im Lobbyregister des Deutschen Bundestages gemeldet.

Mit ihren Datenschutzregeln setzt die DUH die Vorgaben der DSGVO für maximale Sicherheit aller verwendeten Daten um (www.duh.de/datenschutz/).



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
Ihre Spende
kommt an!



Erinnern Sie sich noch ...?

Viele von uns nutzen die letzten Tage des Jahres, um die vergangenen Monate Revue passieren zu lassen und das Erlebte gemeinsam mit Freunden und Familie zu zelebrieren. Hier möchten auch wir mit Ihnen unsere gemeinsamen Aktionen und Errungenschaften des Jahres 2024 feiern.

Erinnern Sie sich, wie wir im Januar unser umfangreichstes Gerichtsverfahren zu Betrugsdiesel-Pkw gewonnen haben? Oder wie wir nur ein halbes Jahr später per Gericht durchgesetzt haben, dass die Bundesregierung das Nationale Luftreinhalteprogramm nachbessern muss? Diese **besonderen Erfolge für die Saubere Luft** hätten wir ohne die Unterstützung unserer langjährigen Fördermitglieder niemals erreicht.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die überwältigende Resonanz auf unsere **große SUV-Aktion** aus dem Februar: Über 21.000 Menschen haben uns den Rücken gestärkt, um Anträge gegen immer größere Autos in ihrer Stadt zu stellen. Solche Aktionen für die **Verkehrswende, den Artenschutz oder die Energiewende** können wir nur dank der

zahlreichen Menschen stemmen, die uns mit ihrer Stimme zur Seite stehen.

Erinnern Sie sich, dass wir im Juli unsere neue Verfassungsbeschwerde zur Durchsetzung eines wirksamen Klimaschutzgesetzes eingereicht haben? Unsere zahlreichen **Klagen bringen die Klimapolitik voran**: Mit dem außerordentlichen Rückhalt vieler Patinnen und Paten konnten wir im September unser erstes rechtskräftiges **Klimaurteil zum Landnutzungssektor** feiern.

Freuen wir uns gemeinsam, dass unsere Pestizidklagen im Oktober das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit dazu gebracht haben, den **Widerruf zahlreicher Pestizidprodukte** anzukündigen. Dass wir im Laufe des Jah-

res Urteile gegen Unternehmen wie dm oder Netto wegen falscher **Werbeaussagen zu Klimaneutralität** erwirken konnten. Dass wir McDonald's dazu zwingen konnten, endlich **Mehrwegverpackungen** anzubieten.

Immer wieder denken wir an all die Menschen, die unsere Erfolge ermöglichen: Diejenigen, die uns mit einer oder vielen Spenden oder ihrer Mitgliedschaft unterstützen. Diejenigen, die uns in ihrem Testament bedacht haben. Diejenigen, die mit einer Spendenaktion oder Geschenk-Patenschaft auch in ihrem Bekanntenkreis auf unsere Arbeit aufmerksam gemacht haben. Ihnen allen gebührt nach diesem ereignisreichen Jahr unsere Anerkennung:

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Fotos: DUH (o.L.), Neuschäffer/DUH (o.r.), Zino Peterek (M.L.), Pichliak/Wohnbau Salzgitte (M.r.), Messner/DUH (u.l.), Klein/DUH (u.r.)

#böllerccio: ein friedliches Silvester für alle

Stellen wir uns eine böllerfreie Silvesternacht vor: keine schweren Verletzungen, keine Pyrotechnik-Angriffe auf Einsatzkräfte, keine in Panik versetzten Haus- und Wildtiere. Statt dessen ein fröhliches Fest mit Hoffnung auf eine nachhaltige Zukunft.



Unsere Drohnenshow über dem Kulturforum ließ den Berliner Abendhimmel schon Ende November in vielfältigen Motiven erstrahlen. So haben wir gezeigt: Ein spektakuläres Silvester-Highlight kann es auch ohne tonnenweise Feinstaub, Müllberge und schwere Verletzungen geben.

Mit unserer Kampagne #böllerccio fordern wir ein Ende der privaten Knallerei und richten den Fokus darauf, dass es stimmungsvolle und vor allem sichere Alternativen zur Silvester-Böllerei gibt. In der Hauptstadt haben wir mit den Staatlichen Museen Berlins kooperiert und deren Ausstellung ‚Durchgeknallt und abgebrannt: Feuerwerkskünste aus fünf Jahrhunderten‘ begleitet: Infomaterialien beigesteuert, eine Drohnenshow sowie eine Podiumsdiskussion organisiert. Auf unserem Thementag kamen Expertinnen und Experten aus dem Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich zu Wort. Sie schilderten, wie Ärzte, Klinik-Personal, Einsatzkräfte und Tierorganisationen an jedem Jahreswechsel aufs Neue im Ausnahmezustand agieren, um die dramatischen Auswirkungen der Böllerei abzufangen.

Der Bundesregierung schlagen wir eine simple Lösung

vor: Nur einen einzigen Satz müsste sie in der Sprengstoffverordnung streichen, um Millionen Menschen ein gesundes und friedliches Silvester zu ermöglichen.

Auch Sie wünschen sich ein böllerfreies Silvester? Schließen Sie sich unserer Forderung an, unterschreiben Sie unseren offenen Brief an Ministerin Nancy Faeser und werden Sie Teil dieser zukunftsgerichteten Bewegung. Gemeinsam mit Ihnen erhöhen wir den politischen Druck auf das Innenministerium, die Sprengstoffverordnung anzupassen und damit die sinnlose Böllerei zu Silvester endlich zu beenden.

Zur Mitmachaktion:
www.l.duh.de/silvester24



IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V.

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V.,
Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell,
Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77,
info@duh.de, www.duh.de

■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch

■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer, Andrea Kuper

■ **Autorinnen und Autoren:** Reinhild Benning,
Nadine Bethge, Paula Brandmeyer, Peer Cyriacks,
Thomas Fischer, Kathrin Anna Frank, Anna-Lena Franke,
Ben Haacke, Eike Hinrichsen, Jens Hürdler, Stefan Johag,
Daphne Lenz, Maike Mehlis, Lotte Miehle, Leonie Netter,

Dorothee Saar, Agnes Sauter, Annika Schall,
Elena Schägg, Roman Schilling, Sarah Stoll,
Christoph Störmer, Lennart Wenning, Clara Winkler,
Rupert Wronski, Markus Zipf

■ **Gestaltung:** Anke Thiele-Janzen

■ **Redaktionsschluss:** 03. Dezember 2024

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z. B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ **Druck:** Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues
Verlag und Vertrieb: DUH Umweltschutz-Service GmbH,
Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell

■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier**

■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** SozialBank
IBAN: DE45370205000008190002
SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Die Deutsche Umwelthilfe wird von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt.

Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

Das Team der DUH

Bundesvorstand

Prof. Dr. Margit Mönnecke,
Vorsitzende
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Stellvertretender Vorsitzender
Michael Rothkegel,
Stellvertretender Vorsitzender
Jörg Dürr-Pucher
Susanne Gerstner
Burkhard Jäkel
Prof. Dr. Jens Pape
Susanne Schubert

Bundesgeschäftsführung

Barbara Metz
Sascha Müller-Kraenner
Jürgen Resch

Mitglieder der

Bundesgeschäftsführung

Ulrike Voß
Matthias Walter

Bundesgeschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell

Leiterin: Hellen S. Wobst
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 99 95-0
Telefax 07732 99 95-77
E-Mail: info@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Hellen S. Wobst
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: berlin@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände

Regionalverband Süd

Ansprechpartnerin: Luise Woldt
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 99 95-0
Telefax 07732 99 95-77
E-Mail: duh-sued@duh.de

Regionalverband Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord

Ansprechpartnerin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Mitgliederversammlungen

Zu den Mitgliederversammlungen der Regionalverbände der Deutschen Umwelthilfe e.V. laden wir Sie schon heute herzlich ein, die Termine finden Sie unten. Weitere Informationen zu den Mitgliederversammlungen erhalten Sie von den verantwortlichen Kolleginnen.

■ Regionalverband Süd (Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland):

Freitag, 4. April 2025 in Stuttgart

Luise Woldt | woldt@duh.de

■ Regionalverband Nord (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein):

Samstag, 22. März 2025 in Hannover

Gabi Fiedler | fiedler@duh.de

■ Regionalverband Ost (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin):

Donnerstag, 20. März 2025 als digitale Veranstaltung

Ines Wittig | wittig@duh.de

Projektbüros

Projektbüro „Lebendige Elbe“

Poststraße 7
06366 Köthen
Telefon 03496 21000-9
Telefax 03496 21000-8

Projektbüro Erfurt

c/o KrämerLoft
Bahnhofstr. 16/Büßleber Gasse
99084 Erfurt
Telefon 0361 30254910

Projektbüro Wolgast

Breite Str. 26
17438 Wolgast
Telefon 03836 2798966

Umwelt bewahren, Zukunft gestalten

Bestellen Sie jetzt den Ratgeber für Nachlass und Testament

Als Teil eines großen Kreislaufs der Natur hinterlassen wir alle Spuren auf dieser Welt. Doch wer die Zukunft über das eigene Leben hinaus gestalten möchte, benötigt ein Testament. Wie Sie Ihren letzten Willen rechtssicher aufsetzen und welche Gestaltungsmöglichkeiten Sie haben, erklären wir in unserem neuen Testamentsratgeber.

Kostenlose Bestellung:
testament@duh.de

Sie denken darüber nach, die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe in Ihrem Testament zu bedenken? Wir unterstützen Sie sehr gerne dabei. Kontaktieren Sie uns für Beratung und Unterstützung – wir nehmen uns Zeit für Ihre Anliegen und Gedanken.

Informationen:
Jutta Windeck
windeck@duh.de



Mein Erbe
tut Gutes.
Das Prinzip Apfelbaum



Foto: AVTG/stock.adobe.com

www.duh.de/spenden/testament

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | info@duh.de | www.duh.de
Unser Spendenkonto: SozialBank | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX

umwelthilfe



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

